

Privatisierungsreport – 7

Kindertagesstätten



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Verantwortlich: Norbert Hocke, Ulf Rödde (V.I.S.d.P.)
Autor: Matthias Holland-Letz
Redaktion: Bernhard Eibeck
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt
069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Illustration: Katja Rosenberg
Gestaltung und Satz: Jana Roth
Druck: Spitzerdruck Darmstadt

ISBN: 978-3-939470-24-3

Artikel-Nr.: 1300

Juni 2008

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop
(www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103-30332-20),
Mindestbestellmenge; 10 Stück, Einzelpreis 2,00. Preise zzgl. Verpackungs- und
Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: broschueren@gew.de, Fax: 069/78973-70161.
Preis: 2,70 Euro inklusive Versandkosten.



Privatisierungsreport – 7

Kindertagesstätten

Vorwort – Das Recht auf Bildung erhalten	5
1. Worum es geht	9
2. Rechtliche und sozialpolitische Grundlagen	11
3. Wie die Bundesländer das Kinder- und Jugendhilfegesetz umsetzen	17
4. Betriebliche und betriebsnahe Kitas	33
5. Wie die Bundesregierung das Tor für gewerbliche Anbieter öffnet	37
6. Bundesdeutsche private Anbieter	43
7. Angloamerikanische private Anbieter	51
8. Wie gut sind gewerbliche Kita-Betreiber? – Erfahrungen aus dem Ausland	55
9. Sponsoring und Marketing – eine Auswahl	59
10. Was die Strippenzieher wollen	63
11. Was die GEW fordert	71

GEW-Adressen

Mitgliedsantrag



Das Recht auf Bildung erhalten

Auf internationalen Konferenzen erntet man immer wieder erstauntes Stirnrnzeln, wenn man erklärt, dass in Deutschland nur gut ein Drittel der Kindertagesstätten in staatlicher Trägerschaft ist. Die anderen zwei Drittel müssten, so folgern die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, in privater Hand sein. Man muss dann erklären, dass es in Deutschland freie Träger sind, die 60 Prozent der Einrichtungen betreiben und dass dies etwas anderes ist wie private Träger, nämlich gemeinnützige Vereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände. Privatisierung im Elementarbereich des Bildungswesens spielt bei uns kaum eine Rolle. Als wir das Heft Nr. 7 der Broschürenreihe „Privatisierungsreport“ in Auftrag gegeben haben, wussten wir noch nicht, welche Aktualität dieses Thema im Frühjahr 2008 bekommen würde.

Die GEW beobachtet seit einigen Jahren mit großer Sorge, wie marktwirtschaftliche Orientierungen und betriebswirtschaftliche Kostenrechnung in die Jugendhilfe Einzug halten. Die Effizienz des Mitteleinsatzes wird hinterfragt, die Finanzierung im „Baukastensystem“ modularisiert. Eltern buchen für ihre Kinder exakte Betreuungszeiten und das Personal wird nur noch befristet beschäftigt – man weiß ja nie, wie viele Kinder in der nächsten Buchungsperiode wieder kommen. All das widerspricht elementaren Grundregeln der Jugendhilfe, zerstört verlässliche Beziehungen und macht systematisch aufgebaute Bildungsprozesse unmöglich.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) beginnt mit dem folgenden Satz: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Im Gesetzeskommentar von Wiesner kann man dazu lesen: „Der Begriff ‚Eigenverantwortung‘ verweist insbesondere auf soziale Reife und Fähigkeit zu sozialen Kontakten. ‚Gemeinschaftsfähigkeit‘ als Erziehungsziel erhält angesichts zunehmender Individualisierung und Entsolidarisierung besondere

Bedeutung.“ An diesen Zielen muss sich die Jugendhilfe, müssen sich Tageseinrichtungen für Kinder messen lassen. Bildung und Erziehung können nicht gelingen, wenn sie in Einrichtungen verabreicht werden, die man stundenweise bucht und deren Finanzierung ungesichert ist.

Als völlig undenkbar galt bisher, dass man das bewährte Subsidiaritätsprinzip, die wohl begründete Aufgabenteilung von Eltern, Staat und freien Trägern bei der Erziehung der Kinder jemals aufgeben würde. Der Grundkonsens der Gesellschaft, dass sich der Staat nur mit verfassungsrechtlicher Begründung in die Erziehung einmischen darf und dass Erziehung und Bildung keine Ware sind, schien tief verwurzelt. Mit der Vorlage eines „Kinderförderungsgesetzes“ macht die Bundesregierung diesen Grundkonsens mit einem Federstrich zunichte. Sie will private, kommerzielle Kita-Träger zulassen, sie frei-gemeinnützigen gleichstellen und finanziell im gleichen Umfang fördern. Die GEW lehnt dies mit aller Entschiedenheit ab.

Der Privatisierungsreport Nr. 7 beschreibt die Gefahren neoliberaler Politik. Die hier vorgelegte Analyse, die Beispiele aus der Kitapolitik der Länder und die Praxis von Privatkitas im In- und Ausland zeigen eindrucklich, wie weit das Prinzip der „öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder“ bereits ausgehöhlt ist.

Alle, die Bildung, Erziehung und Betreuung unserer Kinder in verantwortungsvoll geführten Einrichtungen und mit verlässlichen Beziehungen erhalten wollen, sind dringend aufgerufen, der Kommerzialisierung und Privatisierung Einhalt zu gebieten.

Norbert Hocke

Leiter des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit
im Geschäftsführenden Vorstand der GEW





I. Worum es geht

Brechend voll ist der Saal auf dem neuen Messegelände in Stuttgart. Rund 80 Frauen und eine Handvoll Männer sitzen dicht an dicht, hören aufmerksam zu, machen Notizen. Vorne spricht Peter Erath, Pädagogik-Professor an der Katholischen Universität Eichstätt. Sein Thema: „Die Kita auf dem Weg zum Bildungsunternehmen“.

Der Professor doziert vom „Markt“, auf dem sich Kindertagesstätten zu behaupten hätten. „Unternehmerische Entscheidungen“ seien zu treffen. Er spricht von „Output-Orientierung“, „Evaluation“, „Kernprozessmanagement“... Sind wir auf einem Strategie-Seminar für Manager der Autoindustrie? Aber im Saal sitzen doch überwiegend Kita-Leiterinnen und Erzieherinnen. Wie geht das zusammen?

Die Antwort lautet: Auch vor Kindertagesstätten macht neoliberales Gedankengut nicht halt. Dieses besagt: Der Staat muß schlanker und effizienter werden. Öffentliche Einrichtungen sind wie private Unternehmen zu organisieren – oder auszulagern. Kommunen und Landkreise kaufen Dienstleistungen auf dem „Markt“ ein. Und dort stehen öffentliche und private „Anbieter“ im „Wettbewerb“.

Kita-Leiterinnen und Erzieherinnen interessiert, was sie tun müssen, damit ihre Einrichtung in diesem System überlebt – und sie ihren Job behalten. Deshalb der große Zulauf zu Veranstaltungen wie diesem Vortrag von Professor Erath auf der Bildungsmesse didacta im Februar 2008.

Der vorliegende Privatisierungsreport Nr. 7 zeigt auf, wie weit der neoliberale Umbau in Bundesländern wie Hamburg, Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern fortgeschritten ist. Er berichtet, wie die Bundesregierung das Tor für gewerbliche Kita-Betreiber öffnet. Wir

werfen einen Blick auf börsennotierte US-amerikanische und australische Kita-Konzerne, die auch in Deutschland Profit machen möchten.

Wir erklären, wie Unternehmen und unternehmensnahe Denkfabriken den Privatisierungsprozess vorantreiben – und was die Gewerkschaft GEW dem entgegensetzt.

Quelle

- 1 Vortrag auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart am 21.2.2008, besucht vom Autor

2. Rechtliche und sozialpolitische Grundlagen

2.1 Subsidiarität und Pluralität

Wie sollen die Aufgaben von Erziehung, Bildung und Betreuung innerhalb einer Gesellschaft verteilt werden? Hier hat die Jugendhilfe² von Beginn an eine eigene, verfassungsrechtliche Ordnung, die dem Subsidiaritätsprinzip folgt.³ Nach diesem Prinzip kann die Familie, als kleinste und unterste Organisationseinheit des Sozialwesens, am besten für die Erziehung der Kinder sorgen. Entsprechend hat die Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes das Recht und die Pflicht, die Kinder zu erziehen. Daraus folgt auch das Recht, sich zu wehren, wenn die nächsthöhere Einheit – der Staat in Gestalt der Kommune – in die Familie hineinregieren will. Wo die Familie allerdings überfordert ist, hilft nach dem Subsidiaritätsprinzip der Staat. Doch zunächst soll die Kommune dafür sorgen, dass freie Träger, z. B. Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Vereine, den Familien Unterstützung anbieten. Erst wenn diese das nicht leisten können, macht der Staat selbst Angebote. Es gilt also die „Nachrangigkeit der öffentlichen Hilfe gegenüber der privaten“.⁴

Das Subsidiaritätsprinzip ist nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal ausdrücklich bestätigt worden. Nach den Erfahrungen mit dem Faschismus waren sich Bildungs- und Sozialpolitiker sicher, dass es nicht gut ist, die Erziehung der Kinder vom Elternrecht abzukoppeln und in staatliche Hände zu geben.

Aus diesem Grund sind Kindertagesstätten heute nicht vorrangig Sache des Staates. Frei-gemeinnützige, kirchliche und private Träger spielen eine gewichtige Rolle. Damit besteht Pluralität, also Vielseitigkeit. Eltern haben die Möglichkeit, je nach Weltanschauung und Vorlieben, unter verschiedenen Kita-Betreibern zu wählen. „Das ist ein wichtiger Baustein des deutschen Sozialstaats und in der Praxis sind wir damit jahrzehntelang gut gefahren“, sagt Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sonderpädagogik beim GEW-Hauptvorstand.

2.2 Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990/TAG und KICK von 2005

1990 verabschiedete das Parlament ein neues Bundesgesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz (Achstes Buch Sozialgesetzbuch, kurz SGB VIII). Das Kinder- und Jugendhilfegesetz ersetzt das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922.

Das neue Gesetz wurde ständig weiterentwickelt. 1996 erhielten Eltern erstmals einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Zum 1. Januar 2005 traten das Tagesbetreuungsgesetz (TAG) sowie das Kinder- und Jugendhilfe-Weiterentwicklungsgesetz (KICK) in Kraft.⁵ Sie reformieren abermals das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ziel ist die bessere Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Das Gesetz sieht vor, bis zum Jahr 2010 bundesweit rund 230.000 zusätzliche Plätze zu schaffen – und zwar sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch in der Kindertagespflege, also bei Tagesmüttern und Tagesvätern. Neu geregelt wird zudem, nach welchen Kriterien die Betriebserlaubnis zu erteilen ist und wie sich Kitas finanzieren.

2.3 Neoliberales Gedankengut erobert die Kommunen

Befeuert von wirtschaftsnahen Stiftungen und konservativen Ökonomen, hält neoliberales Gedankengut in den 1990er Jahren Einzug in den Kommunen. Stadtparlamente beschliessen, kommunale Einrichtungen wie Krankenhaus, Müllabfuhr oder Wasserwerk auszulagern – oder ganz zu privatisieren. Rathäuser beginnen, Management-Methoden aus der Privatwirtschaft einzuführen. Mehr Effizienz ist das angebliche Ziel.

Die Verantwortlichen in Städten und Kreisen bedienen sich dabei der so genannten Output-Steuerung:⁶ Die Kommune „kauft“ eine Dienstleistung von außerhalb ein. Dabei stehen verschiedene Anbieter im

Wettbewerb miteinander. Wie der Output der Anbieter auszusehen hat, also welche Dienstleistungen in welcher Qualität zu liefern sind, das bestimmt die Kommune. Über die Output-Steuerung lenkt sie das Dienstleistungsangebot. So die Theorie.

2.4 PISA-Schock und Co.

Ab dem Jahr 2000 setzen der PISA-Schock, die demografische Entwicklung und die Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierten Frauen die Politik gehörig unter Druck. Bildungsverantwortliche erkennen, dass in den alten Bundesländern „ein großer Mangel an Kindergartenplätzen besteht“.⁷ Weil vor allem Unter-Dreijährige im Westen kaum Chancen auf einen Platz haben, beginnt der Ausbau des Kita-Angebots.

Doch auch die mangelnde Qualität der Einrichtungen gerät nun ins Blickfeld.⁸ In kürzester Zeit entwickeln daraufhin alle Bundesländer Kita-Bildungspläne. Darin geben sie den Erzieherinnen Inhalte und didaktische Methoden zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung vor. Die Erzieherinnen nehmen diese begierig auf und besuchen zu Tausenden Fortbildungen. Zu Hause allerdings müssen sie oftmals sehen, dass sich die Träger beharrlich weigern, die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit zu verbessern. So bleibt es bei den großen Gruppen und dem schlechten Personalschlüssel. Die dringend geforderte Qualitätsverbesserung wird auf dem Rücken der Erzieherin ausgetragen.

„Kindertagesstätten müssen sich immer mehr dem Wettbewerb stellen und sich mit unternehmerischen Entscheidungen am Markt behaupten.“⁹

Klappentext des Buches „Unternehmen Kita. Wie Teams unter veränderten Rahmenbedingungen erfolgreich handeln“, von Peter Erath und Eva Sandner, erschienen 2007

2.5 Ausbildung von Kita-Erzieherinnen an Hochschulen

Die GEW begrüßt, dass viele Hochschulen inzwischen ein Studium anbieten, um Erzieherinnen, Erzieher und Führungskräfte für Kitas auszubilden. „Wir sehen uns in unseren Bemühungen bestätigt“, so die Gewerkschaft, „die gesellschaftlich wichtige Bildungs- und Erziehungsarbeit im frühen Lebensalter aufzuwerten.“¹⁰ Gab es im Jahr 2005 lediglich acht Studiengänge, so sind es inzwischen etwa 40. Sie schließen mit einem Bachelor ab. Die Studierenden befassen sich nicht nur mit pädagogischen Fragen, sondern auch mit der Steuerung von Kitas als Unternehmen. Vermittelt werden Managementkompetenzen in den Bereichen Finanzierung, Controlling, Personal, Leitung und Strategie. Als führend kann der Studiengang „Bildungs- und Sozialmanagement mit Schwerpunkt frühe Kindheit“ an der Fachhochschule Koblenz-Remagen angesehen werden.¹¹

Quellen

- 1 Vortrag auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart am 21.2.2008, besucht vom Autor
- 2 Der Begriff Jugendhilfe steht für alle Maßnahmen der Jugendwohlfahrt, die von öffentlichen und freien Trägern angeboten werden (Erziehungsberatung, Hilfen für Mutter und Kind, erzieherische Betreuung von Kindern und Jugendlichen, u. a.)
- 3 vgl. Winfried Böhm, Wörterbuch der Pädagogik, Stichwort Subsidiaritätsprinzip, Stuttgart, 2005

-
- 4 Winfried Böhm, Wörterbuch der Pädagogik, Stichwort Subsidiaritätsprinzip, Stuttgart, 2005
 - 5 A. Diller/M. Heitkötter/N.Klinkhammer/H. R. Leu/R. Schelle/K. Schneider, Kinderbetreuung in Deutschland. Entwicklung und Begriffe, in: DJI Bulletin 80 Plus, 3/4 2007, herausgegeben vom Deutschen Jugendinstitut e.V., München, Seite 1
 - 6 vgl. etwa Peter Erath/Eva Sandner, Unternehmen Kita. Wie Teams unter veränderten Rahmenbedingungen erfolgreich handeln, München 2007, Seite 36ff
 - 7 Peter Erath/Eva Sandner, Unternehmen Kita, Seite 22
 - 8 Schon vor PISA hat Prof. Dr. Wolfgang Tietze mit seinem Buch „Wie gut sind unsere Kindergärten?“ im Jahr 1998 die Öffentlichkeit aufgerüttelt
 - 9 Peter Erath/Eva Sandner, Unternehmen Kita
 - 10 GEW-Broschüre „Erzieherinnenausbildung in der Hochschule. Studienmodelle im Überblick“, September 2007, Seite 6: <http://www.gew.de>
 - 11 <http://www.rheinahrcampus.de/Home.750.0.html>



3. Wie die Bundesländer das Kinder- und Jugendhilfegesetz umsetzen

Der Bund schafft den gesetzlichen Rahmen zur Kinderbetreuung, die Länder füllen ihn aus. Dabei kommt es zu höchst unterschiedlichen Regelungen. Manche Bundesländer bieten einen weitgehenden Rechtsanspruch auf Kita-Plätze. Manche verzichten teilweise auf Elternbeiträge. Die einen zahlen Pauschalen an die Träger, andere berechnen die finanzielle Förderung danach, wie lange wie viele Kinder die Einrichtung besuchen.

3.1 Hamburg

„Heute werden rund 10.000 Kinder mehr in Hamburger Kitas betreut als vor dem Regierungswechsel 2001“.¹² Birgit Schnieber-Jastram (CDU), damals noch Hamburgs Familiensensorin, lobt Anfang 2008 die Verhältnisse in der Elb-Metropole. Der GEW-Landesverband Hamburg hingegen sieht keinen Anlass zur Freude.¹³ Zwar sei die Zahl der Kita-Plätze in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, doch von dieser Entwicklung profitierten längst nicht alle. „Kinder in Stadtteilen mit sozialer Problemlage werden heute schlechter betreut als vor 2003“, betont die Gewerkschaft. Fest steht: Die Hamburger Kita-Politik stößt bundesweit auf enormes Interesse – und ist höchst umstritten.

Rückblick auf den August 2003. Hamburg, regiert von CDU, Schill-Partei und FDP, startet als erstes Bundesland das Kita-Gutschein-System. Es stellt das bisherige Finanzierungsverfahren auf den Kopf:¹⁴ Der staatliche Zuschuss zu den Kita-Kosten fließt nicht mehr an den Träger. Stattdessen zahlen die Hamburger Behörden das Geld – in Form eines Gutscheins, auch Voucher genannt – an die Eltern. Mit dem Gutschein haben Mütter und Väter die Möglichkeit, ihren Nachwuchs bei einer Kita, einer Krippe oder einem Hort ihrer Wahl anzumelden. Die Einrichtung schickt den Gutschein an die Behörde – und bekommt für jeden Voucher Geld. Pro Gutschein zahlt die Stadt zwischen 239 Euro und 995 Euro im Monat.¹⁵ Auf diese Weise, argumentieren die Gut-

schein-Anhänger, erhalten Eltern „Nachfrage-Macht“. Kitas, Krippen und Horte werden gezwungen, ihr Angebot flexibel und attraktiv zu gestalten. Nur dann sammeln die Einrichtungen ausreichend Gutscheine ein. Nur dann erhalten sie genügend Geld, um Personal und Sachkosten zu bezahlen.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) schreibt zum Gutschein-System:¹⁶ Aus Sicht der Träger sei diese Finanzierungsform mit „Unsicherheiten bei der Planung verbunden“. Von den „Finanzierungsrisiken“ seien „kleinere Träger besonders betroffen“.

In der Tat. Wie die Financial Times Deutschland im März 2007 berichtet, hat das neue System in der Hansestadt „zu Verschiebungen geführt.“¹⁷ Der Kita-Markt in bürgerlichen Stadtteilen boomt. Vor allem private Einrichtungen sind entstanden. Kitas, Krippen und Horte in sozial benachteiligten Stadtteilen hingegen bauen Plätze ab und entlassen Personal – „weil nicht mehr genügend Gutscheine eingelöst werden.“¹⁸

Die Sozialbehörde widerspricht.¹⁹ „Es werden mehr Kinder auch in sozial belasteten Stadtteilen betreut.“ Doch die Hamburger Behörde belegt mit ihren eigenen Zahlen, wie sich die Schere zwischen arm und reich öffnet. Demnach wurden im Jahr 2007 in armen Stadtvierteln insgesamt 12.239 Kinder betreut – 6,8 Prozent mehr als 2001. In Gesamt-Hamburg hingegen lag 2007 das Plus bei 20,1 Prozent gegenüber 2001. Der Boom ging also an Menschen in sozial benachteiligten Quartieren weitgehend vorbei.

Zum Gutschein-System kamen Mittelkürzungen hinzu, kritisiert die Hamburger GEW. Sie berichtet, dass der Hamburger Senat in den Jahren 2004 und 2005 seine Zuweisungen für die Personalkosten um etwa elf Prozent zusammenstrich.²⁰ Viele Kitas mussten folglich mit weniger

Geld pro Kind auskommen – und dass „bei steigender Gesamtzahl betreuter Kinder.“ Folge: Größere Gruppen in den Einrichtungen.

Die Hamburger Sozial- und Familienbehörde betont hingegen, dass die „Erzieher-Kind-Relation“ nur für wenige Angebote erhöht wurde.²¹ Etwa für die Krippenbetreuung (10 bzw. 12 Stunden pro Tag). Dort war im Jahr 2002 eine Erzieherin im Durchschnitt für 6,51 Kinder zuständig. 2007 betreute eine Erzieherin im Durchschnitt 6,83 Kinder. Bei anderen Betreuungsarten, so die Behörde, sei die Erzieher-Kind-Relation jedoch gesenkt worden.

Die Gewerkschaft beanstandet ferner: Viele Träger setzten „in ihrer Finanznot Einkommensverschlechterungen für die ohnehin sehr schlecht bezahlten Mitarbeiter/innen durch.“²² Bis 2006 wurden außerdem 600 Vollzeitstellen in den Kitas abgebaut, berichtet die GEW.²³ 2006 arbeiteten nur noch 23,8 Prozent aller Beschäftigten Vollzeit.²⁴ Gleichzeitig stieg der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse – von 17 Prozent in 2005 auf 19 Prozent in 2006.²⁵ Entwicklungen, die zu „Belastungen für das pädagogische Personal“ geführt haben.²⁶ Was wiederum „Knappheiten und Unruhe“ verursacht. Demnach gibt es in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen nur noch in 25 Prozent der Kitas „eine hohe pädagogische Kontinuität“.²⁷ In den übrigen Stadtteilen, so die Studie, liegt dieser Anteil bei 45 Prozent.

Doch auch viele Eltern fahren mit dem Hamburger System keineswegs gut. Was sie an Eigenanteil aufzubringen haben, ist abhängig vom gewählten Angebot und vom Familieneinkommen. Derzeit müssen Eltern für einen Krippenplatz bis zu 409 Euro im Monat aufbringen.²⁸ Das seien „zum Teil sehr hohe Eigenanteile“, kritisiert Uwe Mühling vom Diakonischen Werk in Hamburg.²⁹

Hamburg zielt mit seiner Kita-Politik vor allem auf Berufstätige.³⁰ So garantiert die Sozialbehörde für jedes Kind von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr einen Betreuungsplatz, wenn das alleinerziehende Elternteil oder beide Eltern

- berufstätig sind, eine Ausbildung machen oder studieren,
- an einer „Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit (Hartz IV)“ teilnehmen, also z. B. einen Ein-Euro-Job haben,
- einen Deutschkurs für Migrantinnen und Migranten oder einen Integrationskurs besuchen.

Dieses Angebot sei „bundesweit einmalig“, lobt die Financial Times Deutschland.³¹ Doch viele Familien fallen durch den Rost. Etwa dann, wenn ein Elternteil nicht arbeitet, sondern zu Hause ist. Oder wenn Vater und Mutter zwar Arbeitslosengeld II beziehen, aber nicht an einer „Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit“ teilnehmen. Dann haben sie keinen Anspruch darauf, ihre einjährige Tochter in die Krippe oder den achtjährigen Sohn in den Hort zu schicken. Ausnahmen gibt es nur, wenn spezielle Härtefallregeln greifen – etwa wenn das Kind besonderen Sprachförderungsbedarf hat.

Aufsehen erregte der Fall eines zweieinhalbjährigen Kindes, das seinen Platz in der Krippe verloren hatte.³² Und warum? Weil die Mutter nach der Geburt ihres zweiten Kindes eine Babypause einlegte. Schon war das Kriterium der Berufstätigkeit nicht mehr erfüllt. Sechs Monate später ging die Mutter wieder arbeiten. Erst jetzt wurde das erstgeborene Kind „als förderungsfähig eingestuft“³³ und durfte zurück in die Kita.

Dass die Kinderbetreuung an die Berufstätigkeit gekoppelt ist, kritisiert auch das Diakonische Werk Hamburg.³⁴ Deshalb sei das Kita-System in Hamburg nachzubessern. Ein Rechtsanspruch auf Betreuung, der für alle Eltern gilt, unabhängig von der beruflichen Lage, besteht in Hamburg bislang nur für Kinder zwischen drei und sechs. Und das auch nur

für fünf Stunden täglich, inklusive Mittagessen. Allerdings liegt der in den meisten anderen Bundesländern geltende Rechtsanspruch darunter – bei vier Stunden täglich, ohne Mittagessen.

Der neue Senat, gebildet von CDU und Bündnis 90/Die Grünen nach den Wahlen im Februar 2008, strebt Verbesserungen an.³⁵ So wird der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz künftig auf Zweijährige erweitert. Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung ist in Zukunft beitragsfrei.

3.2 Bayern

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) gilt seit 2005. Es sei die Grundlage für ein „bedarfsgerechtes und qualitätsorientiertes Angebot“, lobt das Bayerische Staatsministerium für Familie.³⁶ Ähnlich wie das Land Hamburg, stellt auch der Freistaat Bayern das Fördersystem um. Der Träger bekommt sein Geld von Land und Kommune nicht mehr ausgehend von der Kindergruppe und dem dazugehörenden Personalschlüssel. Stattdessen fließen die staatlichen Zuschüsse für jedes einzelne Kind, das in der Kita angemeldet ist. Wie hoch der Zuschuss pro Kind ausfällt, hängt von mehreren Dingen ab:³⁷ Etwa von der Zahl der Stunden, die das Mädchen oder der Junge in der Einrichtung pro Tag und pro Woche verbringt. Auch das Alter spielt eine Rolle. Mehr Geld gibt es, wenn das Kind jünger als drei Jahre ist – weil der Betreuungsaufwand höher ausfällt. Höhere Zuschüsse fließen auch für Kinder mit Migrationshintergrund und für behinderte Kinder. Eltern können jetzt pro Tag vier, fünf, sechs, acht oder zehn Stunden Betreuung buchen. Je höher die Stundenzahl, desto höher der Elternbeitrag.

Letzteres wurde von der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag bereits 2006 kritisiert.³⁸ Das System setze falsche Anreize. „Einkommensschwache Familien“, so die SPD, werden weniger Betreuungszeiten für ihre Kinder buchen, „als es pädagogisch angezeigt wäre.“ Zudem bemängelten die Sozialdemokraten, dass das BayKiBiG keinen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz vorschreibt. Eltern, so die SPD, seien „angewiesen auf eine Bedarfsplanung, die in vielen Kommunen nur äußerst schleppend erstellt wird.“

Heute, drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, fällt die Bilanz bei Elternsprecher/innen gemischt aus. Die einstige Befürchtung, das BayKiBiG bringe Qualitätseinbußen, „hat sich nicht bestätigt“, erklärt Petra Koerwien.³⁹ Sie ist erste Vorsitzende des Gesamtelternbeirats (GEB) Kita in Nürnberg.⁴⁰ Auf der Positivseite verbucht sie, dass viele Einrichtungen heute auch Unter-Dreijährige aufnehmen. „Das war früher undenkbar, ein Kind in der Kita wickeln zu können,“ erinnert sich Petra Koerwien, selbst Mutter von zwei Kindern.

Negativ zu verbuchen sei die mangelnde Flexibilität der Einrichtungen. „Die Buchungszeiten sind sehr steif“, weiß die GEB-Vorsitzende. Tochter oder Sohn hin und wieder eine Stunde später abholen, das gehe kaum noch. Darunter leiden vor allem berufstätige Eltern, die unregelmäßige Arbeitszeiten haben, etwa durch Schichtdienst. Die seien oft gezwungen, zehn Stunden am Tag zu buchen – anstelle von vier oder sechs Stunden. Das kostet schnell 20 bis 30 Euro zusätzlich an Elterngebühren im Monat. Schlecht sei zudem, so die Nürnberger Elternaktivistin, dass sich einmal gebuchte Betreuungszeiten nur schwer ändern ließen. „Viele Träger erlauben das nur alle Vierteljahr“. Und Reduzieren wird gar nicht gern gesehen. Petra Koerwien sieht die Kitas hier in einer Zwangslage. Die müssen den Einsatz ihrer Erzieherinnen planen – und dessen Umfang hängt von den gebuchten Betreuungszeiten ab.

Die Nürnbergerin beobachtete ferner, dass die Träger seit 2005 eine Menge neuer Arbeitsplätze geschaffen haben. Doch viele der frisch eingestellten Erzieherinnen bekämen „nur Jahresverträge“. Petra Koerwien glaubt: „Die haben in den nächsten Jahren keine Chance, in feste Verträge zu kommen.“

3.3 Nordrhein-Westfalen

Der Kiebitz ist ein grünschwarzer Vogel aus der Familie der Regenpfeifer. Kibiz, ohne „e“ und „t“ geschrieben, steht in Nordrhein-Westfalen für Kinderbildungsgesetz.⁴¹ Seit August 2007 in Kraft⁴², soll das Gesetz bis 2010 etwa 70.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige schaffen. Weiteres Ziel: Von derzeit 9.700 Tageseinrichtungen werden 3.000 zu „Familienzentren“ ausgebaut. Diese „bündeln Beratung, Bildung und Betreuung“, so das nordrhein-westfälische Familienministerium. Jedes Familienzentrum bekommt vom Land rund 12.000 Euro zusätzlich. Wie in Hamburg oder Bayern erhalten Eltern neue Wahlmöglichkeiten. Sie können entscheiden, ob sie ihr Kind für 25, 35 oder 45 Wochenstunden in der Kita anmelden.

Kibiz stieß auf heftigen Protest von Eltern, Erzieherinnen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften. Das Gesetz sei „Neoliberalismus pur“, schimpft Norbert Müller, stellvertretender Vorsitzender der GEW in Nordrhein-Westfalen.⁴³ Denn der „strategische Kern von Kibiz sind Kopfpauschalen“, betont Müller. Das Land zahlt nicht mehr wie bislang Gruppenpauschalen an die Kitas. Auch an Rhein und Ruhr ist die Zahl der Kinder künftig ausschlaggebend. „Je größer die Gruppe, je höher die Belastungen für das Personal, um so mehr rechnet es sich für den Träger“. So GEW-Mann Norbert Müller auf der Protestdemonstration, die am 15. September 2007 vor dem Düsseldorfer Landtag stattfand. Auch die Elternbeiträge werden steigen, warnte Müller.

Die GEW erläutert in einer Broschüre, dass Kibiz den Kita-Trägern keinerlei Planungssicherheit bringe.⁴⁴ „Die Träger sind vom Buchungsverhalten der Eltern abhängig“. Prekäre Arbeitsverhältnisse für Erzieherinnen und Erzieher seien die Folge, warnt die Gewerkschaft. Die Bezugspersonen der Kinder würden häufig wechseln. Anfang des Jahres beschwerten sich die ersten Einrichtungen. „Wir müssen mit großen finanziellen Einbußen rechnen“, zitiert wdr.de im Februar 2008 die ehrenamtliche Vorsitzende der Kölner Elterninitiative „Die Farbkleckse“, Martina Hofmann.⁴⁵ Möglicherweise drohe Mitarbeitern der Eltern-Ini die Kündigung.

NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) wies die Kritik zurück.⁴⁶ Er rechnete vor, dass die Kita-Zuschüsse des Landes allein in 2008 um 150 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr aufgestockt werden. NRW zahlt dann 969 Millionen Euro, so der Familienminister. So viel Geld habe es noch nie für Kindergärten in Nordrhein-Westfalen gegeben.⁴⁷

Die Zahl der betreuten Kinder sei bereits kräftig gestiegen, legte der Minister im April 2008 nach.⁴⁸ Zudem würden mehr Eltern als geplant längere Betreuungszeiten buchen. Dadurch, meldet der Kölner Stadt-Anzeiger, sei das Land aber gezwungen, seinen Zuschuss um 50 Millionen Euro zu erhöhen – allein für die Zeit von August bis Dezember 2008.⁴⁹ Die Opposition im Düsseldorfer Landtag sieht sich in ihrer Ablehnung des Gesetzes bestätigt: „Kibiz ist völlig unterfinanzierter Mumpitz“, erklärt die SPD-Abgeordnete Britta Altenkamp.⁵⁰

3.4 Mecklenburg-Vorpommern

Das Ostsee-Bundesland ist deutscher Vizemeister, wenn es um die Betreuungsquote bei den Unter- Dreijährigen geht.⁵¹ 43,1 Prozent aller Kinder unter drei Jahren besuchten im Jahr 2006 eine Tageseinrichtung. Nur Sachsen-Anhalt schnitt mit 50,2 Prozent besser ab. Ein Krip-

pen-Angebot, von dem die Bildungsverantwortlichen in den westdeutschen Bundesländern nur träumen können. Niedersachsen kam 2006 auf 5,1 Prozent, NRW auf 6,6 Prozent, Bayern auf 6,9 Prozent. Westdeutschlands Spitzenreiter Hamburg erreichte 21,1 Prozent.

Mecklenburg-Vorpommern, geführt von einer Großen Koalition aus SPD und CDU, leistet sich zudem eine besondere Förderung der Fünf- bis Sechsjährigen: Vorschulbildung nennt sich das Programm.⁵² Es dauert zehn Monate und wird in den Kitas angeboten. Sieben Millionen Euro jährlich stellte das Land von 2005 bis 2007 dafür zur Verfügung. „Die frühkindliche Bildung hat an Bedeutung gewonnen“, betont Landesbildungsminister Henry Tesch (CDU).⁵³

Doch von eitel Sonnenschein kann in den 1.070 Kindertagesstätten zwischen Schwerin und Stralsund keine Rede sein. So beschloss die Landesregierung, die Förderung der Vorschulen im Jahr 2008 um eine Million Euro zu kürzen. In 2009 fallen gar zwei Millionen Euro weg. Dieses Geld will die Regierung nutzen, um z. B. die Elternbeiträge im letzten Jahr vor Schuleintritt zu senken. Die GEW-Landesvorsitzende Annett Lindner kritisierte den Wegfall der Millionen für die Vorschule. Darunter leide die „Qualität von Bildung“.⁵⁴

Den Kita-Beschäftigten brennt noch ein anderes Thema unter den Nägeln. „Die Privatisierung der Kitas, die Mitte der 1990er Jahre losging, ist so gut wie abgeschlossen“, fasst Daniel Taprogge die Lage zusammen. Er ist Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Nur noch rund ein Viertel der Einrichtungen befände sich in öffentlicher Hand, sagt Taprogge. „Dort lohnt sich die Privatisierung wahrscheinlich nicht.“ Die Übernahme durch freie Träger hat üble Folgen, berichtet die GEW. „Die Löhne sind massiv runtergegangen“, so der Gewerkschafter. Was vor allem die neu eingestellten Mitarbeiterinnen betrifft. Eine GEW-

Umfrage unter Kita-Erzieherinnen aus dem Jahr 2005 belegt: Stundenlöhne um die acht Euro brutto sind inzwischen keine Seltenheit. Manche Kolleginnen verdienen nur noch 6,96 Euro brutto die Stunde.

Dieser Trend gilt auch für Wismar. So übertrug die Hansestadt zum 1.1.2004 fünf städtische Kitas in eine gemeinnützige GmbH. Die trägt den Namen Perspektive Wismar.⁵⁵ Die Kommune ist mit einem Anteil von 75 Prozent Hauptgesellschafterin der Perspektive Wismar. Zum 1.1.2004 trat auch der neue Haustarifvertrag für die Erzieherinnen und Erzieher in Kraft. Dort heißt es in Paragraph 2 in bestem Behördendeutsch: „Der BAT Ost und die Ergänzungstarife finden weiterhin Anwendung mit der Maßgabe, dass die Vergütung um 20 Prozent vermindert wird.“ Statt 2.200 Euro brutto im Monat also nur noch 1.760 Euro brutto – und das auch nur bei einer vollen Stelle, die im Osten kaum eine Erzieherin hat.⁵⁶ Die Beschäftigten sind empört. „Wir üben nach wie vor die gleiche Tätigkeit aus“, kritisiert eine Kollegin. Aus Angst vor Repressalien will sie anonym bleiben. „Wir haben den Wunsch, dass die minus 20 Prozent wegkommen“, sagt sie. Schon jetzt führe die schlechte Bezahlung zu Personalproblemen. So habe die Perspektive Wismar gGmbH Schwierigkeiten, junge Erzieherinnen und Erzieher zu finden. „Von dem Geld kann ich nicht existieren“, erklärten viele und suchten sich woanders Arbeit. Andere kündigten – wegen der schlechten Bezahlung.

Dagmar Broy, Geschäftsführerin des Unternehmens, betont hingegen: Weihnachts- und Urlaubsgeld werden weiterhin bezahlt. Zudem hätten die Erzieherinnen jährliche Sonderzahlungen erhalten. Damit liege man heute bei etwa 85 Prozent des alten BAT Ost, sagt Dagmar Broy. Die Perspektive Wismar gGmbH beschäftigt rund 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.⁵⁷

3.5 Brandenburg

Auch im Land Brandenburg, ebenfalls von einer Großen Koalition regiert, ist die Privatisierung weit vorangeschritten. Landesweit haben 1.730 Kitas ihre Pforten geöffnet. Davon befinden sich 996 in den Händen von Kommunen und Kreisen (57,6 Prozent), 734 werden von Wohlfahrtsverbänden, Elterninitiativen oder gemeinnützigen privaten Anbietern geführt (42,4 Prozent).⁵⁸ Die vier kreisfreien Städte Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel „haben fast alle Kitas in freie Trägerschaft gegeben“, so ist aus dem Bildungsministerium zu erfahren. Nur auf dem Land sind öffentliche Einrichtungen weiterhin die Regel.

Auch Deutschlands wohl vornehmste Privat-Kita liegt im Land Brandenburg: die „Villa Ritz“ in Potsdam.⁵⁹ Sprachunterricht in Englisch, Spanisch, Chinesisch werden geboten. Dazu Yoga-Kurse, musikalische Frühförderung oder „Benimm-Training nach Knigge“. Die Kita-Verantwortlichen tragen auch dem Sicherheitsbedürfnis der Elternschaft Rechnung: Der Hausmeister im frühklassizistischen Gebäude ist gleichzeitig für Personenschutz zuständig.⁶⁰ So viel Exklusivität hat ihren Preis. Laut Tageszeitung Die Welt zahlen Eltern bis zu 1.000 Euro Gebühren im Monat.⁶¹ Reitstunden oder Klavierunterricht kosten extra.

3.6 Thüringen

Die CDU-Regierung des ostdeutschen Bundeslandes verweist mit Stolz auf die Betreuungsangebote im Land. „Thüringen“, sagte Familienminister Klaus Zeh (CDU) im November 2006,⁶² „ist eines von zwei Ländern, die einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung bereits im dritten Lebensjahr gewähren“.

Doch Familienminister Klaus Zeh setzte noch eins drauf.⁶³ Thüringen sei eines von wenigen Bundesländern, erklärte er 2006, das „Landes-

erziehungsgeld im dritten Lebensjahr des Kindes gewährt“. Das Land zahlt 150 Euro im Monat an jene Mütter und Väter, die ein zweijähriges Kind zu Hause betreuen. Lebt ein weiteres Kind in der Familie, gibt es für das Zweijährige 200 Euro. Bei zwei Geschwisterkindern fließen 250 Euro. Maximal zahlt das Land zwölf Monate lang.

Nach dem Motto „Vom Osten lernen, heißt siegen lernen“ nahm die CSU die Idee auf. Sie machte auf Bundesebene in der Diskussion zum Ausbau von Kindertageseinrichtungen für Unter-Dreijährige enormen Druck. Sie forderte: Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Einrichtung geben, sind finanziell zu entschädigen. Nach langer Diskussion gab Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) schließlich nach. Sie signalisierte, dass man ab dem Jahr 2013 ein „Betreuungsgeld“ – Kritiker sagen „Herdprämie“ – zahlen könnte.⁶⁴ Wie viel es gibt, steht noch nicht fest.

Doch bleiben wir im Freistaat am Thüringer Wald – und werfen erneut einen Blick auf die Statistik. Im Jahr 2006 besuchten 78 Prozent aller Thüringer Kinder zwischen zwei und drei eine Kita oder gingen zur Tagesmutter.⁶⁵ Zum 1. Juli 2006 wurde die 150-Euro-Prämie eingeführt – und zeigte offenbar schnell Wirkung. 2007 waren nur noch 73,4 Prozent der Kinder dieses Alters in der Kita oder bei der Tagesmutter angemeldet.⁶⁶ Ein Rückgang von knapp fünf Prozentpunkten. „Betreuungsgeld hält Kinder aus Kitas fern“, überschreibt die Financial Times Deutschland ihren Bericht.⁶⁷

Thomas Schulz, Pressesprecher des Thüringer Familienministers, sieht das anders.⁶⁸ Ob der Rückgang eine Folge des Betreuungsgeldes sei, „wisse man nicht“. Er spricht von „natürlichen Schwankungen“. Und von der „Wahlfreiheit der Eltern“, die hier zum Ausdruck käme. Jedenfalls, so Schulz, habe Thüringen „hervorragende Erfahrungen“ mit dem Landeserziehungsgeld gemacht.

Quellen

- 12 „Hamburg hat bei Kita-Plätzen für unter Dreijährige die Nase vorn“, Pressemeldung der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 18.1.2008
- 13 Zum Folgenden siehe: „Bildung in Not. Sechs Jahre CDU-Regierung in Hamburg“, Broschüre des GEW-Landesverbandes Hamburg, November 2007, Kapitel „Kindertagesstätten“
- 14 Zum Gutschein-System siehe auch: Privatisierungsreport Nr. 4, Seite 41f, Privatisierungsreport Nr. 5, Seite 31, und Privatisierungsreport Nr. 6
- 15 Telefonische Auskunft von Jasmin Eisenhut, Pressesprecherin der Hamburger Sozial- und Familienbehörde, am 22.4.2008
- 16 A. Diller/M. Heitkötter/N.Klinkhammer/H. R. Leu/R. Schelle/K. Schneider, Kinderbetreuung in Deutschland. Entwicklung und Begriffe, in: DJI Bulletin 80 Plus, 3/4 2007, herausgegeben vom Deutschen Jugendinstitut e.V., München, Seite 2
- 17 Marion Schmidt, Schein-Selbstständig, in: Financial Times Deutschland, 21.3.2007
- 18 Marion Schmidt, Schein-Selbstständig
- 19 Zum Folgenden: „Hamburg hat bei Kita-Plätzen für unter Dreijährige die Nase vorn“, Pressemeldung der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 18.1.2008
- 20 Zum Folgenden: „Bildung in Not. Sechs Jahre CDU-Regierung in Hamburg“, Broschüre des GEW-Landesverbandes Hamburg, November 2007, Kapitel „Kindertagesstätten“
- 21 Telefonische Auskunft von Jasmin Eisenhut, Pressesprecherin der Hamburger Sozial- und Familienbehörde, am 22.4.2008
- 22 „Bildung in Not. Sechs Jahre CDU-Regierung in Hamburg“, Broschüre des GEW-Landesverbandes Hamburg, Kapitel Kindertagesstätten, November 2007
- 23 „Bildung in Not. Sechs Jahre CDU-Regierung in Hamburg“
- 24 Andrea Hilgers/ Jens Kastner/ Kirstin Krüger/ Petra Strehmel, Die Lage in den Kitas im Jahr 2006, Band 1 Endbericht für die Max-Traeger-Stiftung, Hamburg, April 2007, Seite 141
- 25 Die Lage in den Kitas im Jahr 2006, Band 1 Endbericht für die Max-Traeger-Stiftung, Hamburg, April 2007, Seite 141
- 26 Die Lage in den Kitas im Jahr 2006, Seite 229

-
- 27 Die Lage in den Kitas im Jahr 2006, Seite 141
 - 28 „Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege“, Broschüre der Hamburger Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, September 2005, Seite 6; Anmerkung: Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, wie hoch die künftigen Elternbeiträge sein werden.
 - 29 Uwe Mühling, Kitas. Neue Herausforderungen, in: Mitten in der Stadt. Jahresbericht 2006/2007 des Diakonischen Werkes Hamburg, Seite 33
 - 30 Zum Folgenden: „Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Tagespflege“, Seite 4f
 - 31 Marion Schmidt, Schein-Selbstständig, in: Financial Times Deutschland, 21.3.2007
 - 32 Peter Erath/Eva Sandner, Unternehmen Kita, Seite 49
 - 33 Peter Erath/Eva Sandner, Unternehmen Kita, Seite 49
 - 34 Diakonie fordert Zugang zur Bildung in Kitas auch für Kinder von Arbeitslosen, Pressemitteilung der Diakonie Hamburg vom 25.1.2008
 - 35 siehe Hamburger Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.4.2008, Seite 6f
 - 36 Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Geschichte des Kindergartens in Bayern. Von der Bewahranstalt zur modernen Bildungseinrichtung, München, Juli 2006, Seite 38
 - 37 siehe BayKiBiG, Artikel 21, zum Herunterladen unter:
<http://www.stmas.bayern.de/kinderbetreuung/download/baykibig.pdf>
 - 38 Zum Folgenden: Kostenfreier Kindergartenbesuch erhöht die Bildungschancen unserer Kinder, Pressemitteilung vom 11.7.2006 der BayernSPD, Landtagsfraktion
 - 39 Zum Folgenden: Telefongespräch mit Petra Koerwien am 7.5.2008
 - 40 <http://gebnuernberg.de/Home.411.0.html>
 - 41 Zum Folgenden: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern KinderBildungsgesetz – KiBiz. 30 Fragen – 30 Antworten, Juni 2007, zum Herunterladen: http://www.mgffi.nrw.de/pdf/startseite/Umschlag-KiBiz-30_Fragen_30_Antworten.pdf
 - 42 <http://www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2008/pm080414a/index.php>
 - 43 Zum Folgenden: <http://www.gew-nrw.de/binarydata/download/MAT%2020007-09-15%20Demo-Beitrag%20GEW.pdf>

-
- 44 <http://www.gew-nrw.de/binarydata/download/MAT%2020007-09-15%20Demo-Beitrag%20GEW.pdf>
- 45 Annika Franck, Weiter Ärger ums Kindergartengesetz, wdr.de, 14.2.2008
- 46 Zum Folgenden: Kindergartengesetz verfassungswidrig?, wdr.de, 28.8.2007
- 47 Eltern gehen gegen Kinderbildungsgesetz auf die Straße, wdr.de, 5.9.2007
- 48 Pressemitteilung des NRW-Familienministeriums vom 14.4.2008:
<http://www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2008/pm080414a/index.php>
- 49 Günther M.Wiedemann, Laschet: Kibiz ist ein voller Erfolg, Kölner Stadt-Anzeiger, 15.4.2008
- 50 zitiert nach: Günther M.Wiedemann, Laschet: Kibiz ist ein voller Erfolg
- 51 Zum Folgenden: Statistisches Bundesamt, zitiert nach Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dossier. Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung, 2007, S. 9, zum Herunterladen:
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=108710.html>
- 52 Zum Folgenden: http://www.kita-portal-mv.de/de/tageseinrichtungen/fakten_und_zahlen1
- 53 „Bildungsminister Tesch im Dialog“, Pressemeldung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.11.2007
- 54 Mittelkürzungen bei der vorschulischen Bildung gehen zu Lasten der Kinder, Pressemitteilung der GEW, Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, 26.11.2007
- 55 <http://www.perspektive-wismar.de/>
- 56 Genaue Informationen zur bundesweiten Arbeitssituation und den Gehältern enthält die GEW-Kita-Studie „Wie geht’s im Job?“, Frankfurt am Main 2007; www.gew.de
- 57 <http://www.perspektive-wismar.de/index.php?id=1&con=traeger>
- 58 Laut Statistik des Brandenburger Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
- 59 <http://www.villa-ritz.de/>
- 60 Konzept Villa Ritz, zum Herunterladen unter:
http://www.villa-ritz.de/konzept_villaritz.pdf
- 61 Franz Solms-Laubach, Luxus-Kita mit Chauffeur und Nanny, Die Welt, 6.4.2007

-
- 62 Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erste Bilanz zum neuen Thüringer Erziehungsgeld. Sprechzettel des Ministers Klaus Zeh zur Pressekonferenz am 15.11.2006
 - 63 Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erste Bilanz zum neuen Thüringer Erziehungsgeld. Sprechzettel des Ministers Klaus Zeh zur Pressekonferenz am 15.11.2006
 - 64 Einigung zum Betreuungsgeld erzielt, Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 27.2.2008
 - 65 Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erste Bilanz zum neuen Thüringer Erziehungsgeld
 - 66 Monika Dunkel, Betreuungsgeld hält Kinder aus Kitas fern, Financial Times Deutschland, 19.12.2007; Telefonische Auskunft von Thomas Schulz gegenüber dem Autor am 18.4.2008
 - 67 Monika Dunkel, Betreuungsgeld hält Kinder aus Kitas fern, Financial Times Deutschland, 19.12.2007
 - 68 Zum Folgenden: Telefonische Auskunft von Thomas Schulz gegenüber dem Autor am 18.4.2008

4. Betriebliche und betriebsnahe

Kitas

4.1 Grundlagen

50 Millionen Euro investiert die Bundesregierung bis Ende 2011⁶⁹, um die „betrieblich unterstützte Kinderbetreuung zu stärken“. ⁷⁰ Das Geld stellt der Europäische Sozialfonds bereit. 4.300 zusätzliche Kita-Plätze sollen auf diese Weise entstehen.⁷¹ Es gelte, die „Familienfreundlichkeit als Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu etablieren.“ So umschreibt Bundesfamilienministerium Ursula von der Leyen (CDU) das Ziel.⁷²

Empfänger der Fördermittel können öffentliche, gemeinnützige oder privat-gewerbliche Träger sein, heißt es im Flyer des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Auch die Unternehmen selbst dürfen als Träger auftreten. Das Förderprogramm richtet sich an Firmen, die höchstens 1.000 Beschäftigte haben. Gefördert werden 50 Prozent der „zuwendungsfähigen Betriebskosten“, maximal 6.000 Euro pro Kita-Platz und Jahr. Das Geld fließt längstens zwei Jahre. Die übrigen Betriebskosten sind vom Unternehmen zu tragen und „gegebenenfalls durch Elternbeiträge“ aufzubringen, ist im Flyer zu lesen.

4.2 Daimler AG: Kinderkrippe „Sternchen“

„Wir als Unternehmen können es uns nicht leisten, Mitarbeiter und deren Know-how zu verlieren, weil sie eine Familie gründen.“⁷³ Das sagt Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG.

Aus diesem Grund betreibt der Autokonzern künftig eigene Kinderkrippen. Seit September 2007 wurden vier Einrichtungen für Unter-Dreijährige mit dem Namen „Sternchen“ eröffnet – in Stuttgart-Untertürkheim, Sindelfingen, Bremen und Berlin. 14 Kitas mit zusammen 350 Plätzen bis 2009 an allen großen Daimler-Standorten in

Deutschland zu errichten, das ist das Ziel. „Das Angebot soll Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Wiedereinstieg in den Beruf vor Ablauf der Elternzeit erleichtern“, schreibt Daimler in einer Presse-Erklärung. Die Aktion soll zudem helfen, den Anteil von Frauen in der Belegschaft zu steigern.

Das Unternehmen will seine Krippen zusammen mit konfessionellen und freien Trägern betreiben. Die Betreuungszeiten orientieren sich an den Arbeitszeiten der Mitarbeiter. Alle pädagogischen Fachkräfte, versichert der Autokonzern, seien für die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren speziell qualifiziert.⁷⁴ Die Krippen bieten zwei- und mehrsprachige Erziehung. Weitere Bildungsschwerpunkte sind interkulturelle und interreligiöse Kompetenz sowie Naturwissenschaft und Technik. Das Gesamtkonzept basiert auf dem britischen Programm „Sure Start“, das die Bertelsmann Stiftung überarbeitet hat und unter dem Namen „Wach, neugierig, klug“ anbietet.⁷⁵

4.3 Flughafenbetreiber Fraport AG: „Fluggi-Land“ und „Kinder-Arche“

Die Fraport AG, die Betreibergesellschaft des Flughafens in Frankfurt am Main, unterhält zwei Einrichtungen, damit Mitarbeiter ihre Kinder in guter Obhut wissen.⁷⁶ Zum einen „Fluggi-Land“, eine Art Notfall-Kinderbetreuung. Wenn die Oma erkrankt oder der Kindergarten in den Ferien schließt, werden hier Ein- bis Zwölfjährige betreut. Fluggi-Land bietet 30 Plätze. Öffnungszeiten: Von morgens 6 Uhr bis abends 22 Uhr. Und das 365 Tage im Jahr.

Zum anderen steht den Fraport-Beschäftigten die „Kinder-Arche“ in Frankfurt-Sindlingen offen. Sie nimmt Mädchen und Jungs auf, die zwischen acht Monaten und drei Jahren alt sind. Die Arche hat 60

Plätze. Die Krippe bietet ihre Dienste von Montag bis Freitag an, jeweils zehn Stunden am Tag.

„Beide Einrichtungen sind nur zehn Minuten vom Flughafen entfernt“, erläutert Herbert Mai.⁷⁷ Der ehemalige Vorstandschef der Gewerkschaft ÖTV ist seit 2001 Arbeitsdirektor der Fraport AG. „Die Motivation der Mitarbeiter ist höher“, so Mai, „wenn sie wissen: Meine Firma tut etwas dafür, dass meine Kinder untergebracht werden können.“

Beide Einrichtungen können auch von Mitarbeitern der Stadt Frankfurt sowie der Unternehmen Sanofi-Aventis und Infraseriv genutzt werden.⁷⁸ Die Kosten für die Betreuung teilen sich Eltern, Firmen und Kommune.

Quellen

- 69 „Start des Förderprogramms Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“, Pressemitteilung vom 25.2.2008 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 70 „Erfolgsfaktor Familie. Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“, Flyer des Bundesfamilienministeriums, Februar 2008. Zum Herunterladen unter: <http://www.erfolgsfaktor-familie.de/default.asp?id=341>
- 71 Bundesregierung will Betriebs-Kitas stärker fördern, Personal-Magazin, 5.3.2008
- 72 Zum Folgenden: „Erfolgsfaktor Familie. Förderprogramm Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“, Flyer des Bundesfamilienministeriums, Februar 2008
- 73 Zum Folgenden: „Start für Kinderkrippe Sternchen bei DaimlerChrysler“, Pressemitteilung der DaimlerChrysler AG vom 20.6.2007: <http://www.daimler.com/dccom/0-5-659599-49-881753-1-0-0-0-0-36-7145-0-0-0-0-0-0-0.html>
- 74 Zum Folgenden: Die S-Klasse unter den Kinderkrippen, Themendienst 2 zur didacta 2008: <http://bildungsklick.de/a/58044/auf-der-didacta-die-s-klasse-unter-den-kinderkrippen/>

-
- 75 Die S-Klasse unter den Kinderkrippen
- 76 Zum Folgenden: Personal- und Sozialbericht 2006 der Fraport AG, Seite 40
- 77 Henrike Rossbach, „Der Aufwand zahlt sich aus“, Interview mit Herbert Mai, FAZ.net vom 15.3.2007
- 78 Personal- und Sozialbericht 2006 der Fraport AG, Seite 40

5. Wie die Bundesregierung das Tor für gewerbliche Anbieter öffnet

5.1 Die Gesetzesnovelle

Derzeit arbeitet die Bundesregierung an einer weiteren Änderung des SGB VIII – am „Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“, kurz Kinderförderungsgesetz (KiföG). Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird das KiföG im Herbst 2008 in Kraft treten. Ziel ist, bis 2013 für 35 Prozent der Unter-Dreijährigen Betreuungsplätze zu schaffen. Ab 2013 wird zudem ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung für Kinder bestehen, die ihren ersten Geburtstag hinter sich haben.

Im Gesetzentwurf steht: Neue Plätze in Kitas und in der Tagespflege zu schaffen und zu unterhalten, dafür sind enorme Summen aufzubringen. Deshalb wird sich der Bund von 2008 bis 2013, also in der Aufbauphase, mit insgesamt 4 Milliarden Euro beteiligen.⁷⁹ Das entspricht etwa einem Drittel der Kosten.⁸⁰ Ab 2014 zahlt der Bund jährlich 770 Millionen Euro für Betriebskosten.

Besonders gravierend: Es ist erklärter Wille der rot-schwarzen Bundesregierung, mit dem KiföG die Anbieterlandschaft grundlegend zu verändern.⁸¹ „Derzeit sind nur elf Prozent aller Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege in privat-gewerblicher Hand.“ Nun sollen „attraktive Rahmenbedingungen“ geschaffen werden, „damit sich weitere privat-gewerbliche Träger in der Kindertagesbetreuung engagieren.“ Ziel ist unter anderem, die „Vielfalt der Kinderbetreuung“ zu fördern. So steht es im Faltblatt „Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung“ des CDU-geführten Bundesfamilienministeriums.⁸²

Bislang gilt: Laut SGB VIII, Paragraph 74, erhält ein freier Träger nur dann finanzielle Unterstützung vom Staat, wenn er „gemeinnützige Ziele verfolgt.“ Künftig steht es im Ermessen der Länder, ob sie kommerzielle Unternehmen als Kita-Träger zulassen. Den Segen des

BMFSFJ haben sie. Auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE antwortete der Parlamentarische Staatssekretär im BMFSFJ, Dr. Hermann Kues:

„Im Bereich der Kindertagesbetreuung richtet sich das Interesse der Bundesregierung auf die Schaffung eines bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Angebots. Solange die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind, ist die Frage, ob der Träger gemeinnützig oder mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, tätig ist, irrelevant.“

Kues erklärte weiter:

„Die Bundesregierung sieht keinen strukturellen Gegensatz zwischen der Erbringung personenbezogener sozialer Dienstleistungen zur Erfüllung von Sozialleistungsansprüchen und der Gewinnerzielung.“ Und: „Ob mit den Einnahmen Gewinne erwirtschaftet werden können, ist von den Leistungsanbietern zu beurteilen. Soweit Leistungserbringer aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, muss künftig bei der Höhe der Finanzierung ein Interesse an der Gewinnerzielung unberücksichtigt bleiben.“

Damit ist klar, wohin die Reise nach Auffassung der Bundesregierung gehen soll: Hin zu einem kommerziellen, staatlich subventionierten Markt der Kindererziehung.

5.2 „Kitas gehören nicht in die Hand gewerblicher Betriebe“ – Protest gegen die Gesetzesnovelle

Die Gesetzesnovelle stößt auf breiten Widerstand – bei Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Teilen der SPD und der Linken.⁸³ Auch die GEW protestiert.⁸⁴ „Es war bislang in Deutschland gesellschaftlicher

Konsens, dass Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern nicht in die Hand gewerblicher Betriebe gehört.“ So heißt es in der Stellungnahme zum Referentenentwurf, formuliert von Norbert Hocke und Bernhard Eibeck, beide GEW-Hauptvorstand, und Matthias Anbuhl, dem Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW in Berlin. Die Familienministerin traue offenbar den Landesministerien und kommunalen Jugendämtern nicht zu, das Ausbauprogramm zu schultern, kritisieren die GEWler. Dazu gebe es aber keinen Anlass. „Die erfahrenen, etablierten und qualifizierten Träger“, so die drei Gewerkschafts-Fachleute, „waren in der Vergangenheit stets sehr schnell in der Lage, auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.“

Norbert Hocke, Bernhard Eibeck und Matthias Anbuhl sprechen von einem „höchst profitablen Geschäft“, das Ministerin Ursula von der Leyen den Privaten ermögliche. Sie erhalten vom Staat die gleichen Fördersätze wie frei-gemeinnützige Träger, können aber als private Firmen betriebswirtschaftlich und steuerlich ganz anders agieren. Bis zu 20 Prozent der Kosten dürften sie von den Eltern als Elternbeiträge kassieren. Die GEWler erwarten eine „massive Spaltung der Kita-Landschaft“. Auf der einen Seite nobel ausgestattete Einrichtungen für die High Society – auf der anderen Seite große Billigeinrichtungen für Arme.

„Äußerst problematisch“ sei die Förderung privat-gewerblicher Träger auch vor dem Hintergrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie.⁸⁵ Sie zielt darauf, den europaweiten Wettbewerb unter Dienstleistungsanbietern anzukurbeln. Es sei zu befürchten, warnen die drei GEWler, dass auf europäischer Ebene künftig der gesamte Bereich der frühkindlichen Bildung „als wirtschaftliche Tätigkeit“ betrachtet wird. Dann gelten nur noch die Gesetze des Marktes. Nationale Qualitätsvorschriften werden als „Handelshemmnis“ eingestuft, die es zu beseitigen gilt.

Kein Kita-Unternehmen müsse sich dann vom Staat vorschreiben lassen, „welche Kinder es von welchem Personal zu welchen Preisen betreuen lässt“, betont die GEW.

Grundsätzlich müsse man nach Auffassung der GEW prüfen, ob die Erweiterung der Trägerlandschaft für kommerzielle Anbieter mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Der im BMFSFJ zuständige Ministerialrat Prof. Dr. Reinhard Wiesner schreibt im maßgeblichen Gesetzeskommentar: „Staatliche Erziehungsangebote an Kinder und Jugendliche – außerhalb der Schule – stehen (daher) in Konkurrenz mit dem elterlichen Erziehungsrecht und bedürfen der verfassungsrechtlichen Legitimation.“⁸⁶ Es reicht also nicht, zu den bisherigen staatlichen und freien Trägern einfach per Organisationsgesetz, wie es das SGB VIII ist, private Firmen hinzuzufügen. Alle Träger müssen verfassungsrechtlich legitimiert sein, wenn sie im Verhältnis zu den Eltern subsidiär, also unterstützend, Erziehungsangebote machen wollen.

Quellen

- 79 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG), 7. März 2008, Seite 1f
- 80 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung, Flyer, Januar 2008
- 81 Zum Folgenden: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG), 7. März 2008, Seite 3
- 82 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung, Flyer, Januar 2008
- 83 beispielhaft: Stellungnahme des Diakonischen Werkes der EKD zum Referatsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG), Berlin, 4. April 2008

-
- 84 Zum Folgenden: Norbert Hocke, Bernhard Eibeck, Matthias Anbuhl, Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Kinderförderungsgesetz (Kifög), GEW-Hauptvorstand, 4. April 2008
- 85 siehe Privatisierungsreport Nr. 4 über GATS, EU-Dienstleistungsrichtlinie und neue EU-Handelspolitik
- 86 Wiesner (Hrsg.): SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe, München 2000, Seite 24



6. Bundesdeutsche private Anbieter

6.1 Gesellschaft zur Förderung von Kinderbetreuung e.V. (GFK), Kassel

Zwei Väter hoben die GFK aus der Taufe: Alfons Scheitz und Oliver Strube.⁸⁷ Die beiden suchten Anfang der 1990er Jahre in Kassel vergeblich nach einem Kindergartenplatz für ihren Nachwuchs. Darauf nahmen sie die Sache selbst in die Hand: Sie gründeten 1994 einen Verein, die Gesellschaft zur Förderung von Kinderbetreuung e.V. (GFK). Inzwischen betreiben Scheitz und Strube in vier Bundesländern zwölf öffentliche und zehn betriebliche Kitas.⁸⁸ So führt die GFK das Kinderhaus Kiwi in Kassel im Auftrag der Wintershall Holding AG, einem Tochterunternehmen der BASF. Auch die betriebliche Kinderkrippe „Sternchen“ der Daimler AG in Sindelfingen ist eine Einrichtung des Kasseler Vereins. Ende 2006 kam die Gesellschaft für Kinderbetreuung und Schule mbH & Co.KG (GFKS) hinzu. Man wolle sich „auch im Bereich Schulen“ engagieren.⁸⁹ Zudem betreibt die GFKS künftig die betrieblichen Kitas – „um die Gemeinnützigkeit der GFK nicht zu gefährden“, wie die Firma schreibt.⁹⁰

„Wir verstehen uns als Dienstleistungsunternehmen“, lautet das Selbstverständnis der beiden Kita-Manager.⁹¹ Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, sei oberstes Ziel.⁹² Feste Öffnungszeiten gebe es deshalb in den meisten Kitas der Gruppe nicht. „Die Eltern können ihre Kinder für Zeitkontingente zwischen zehn und sechzig Stunden pro Woche einbuchen“, sagt Alfons Scheitz. Entsprechend arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schichten. Die geleistete Arbeitszeit wird täglich erfasst. Wie viele Stunden pro Woche angefallen sind, zeigt der Blick auf das persönliche Arbeitszeitkonto. „In diesem Modell fallen keine Überstunden mehr an, wohl aber über begrenzte Zeiträume Plus- oder Minusstunden, die sich dann immer wieder ausgleichen werden.“ Das steht im Fachblatt „Kindergarten & Hort erfolgreich leiten“ über das GFK-Modell.⁹³

Wie die Presse berichtet, betreuen GFK und GFKS in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen derzeit 720 Kinder.⁹⁴ Das Unternehmen beschäftigt 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Scheitz und Strube haben eine weitere Marktlücke besetzt: Sie beraten Kommunen und Unternehmen in Sachen Kita.⁹⁵ „Impuls Soziales Management“ nennt sich ihr Consulting-Unternehmen, Sitz ist ebenfalls Kassel. Nach eigenen Angaben erstellte die Beratungsfirma bislang für 25 Unternehmen eine so genannte Machbarkeitsstudie. 16 Unternehmen gaben daraufhin „grünes Licht für die eigene Kita“.

Die beiden Kasseler Kita-Manager begrüßen, dass die Bundesregierung künftig gewerbliche Träger fördern will.⁹⁶ „Mehr Wettbewerb bedeutet bessere Qualität“, behaupten Scheitz und Strube. Und was ist mit dem Vorwurf, dass die Gewerblichen nur „die Rosinen“ herauspicken, sich auf die Kinder gut betuchter Eltern konzentrieren? Die beiden widersprechen dem gar nicht. Der Vorwurf gehe jedoch „an der Realität vorbei.“ Denn: „Kinder mit massiven Problemen gibt es auch bei so genannten Bildungseltern.“

6.2 Konzept-e für Bildung und Soziales GmbH, Gerlingen bei Stuttgart

Gegründet im Jahr 2004, betreibt die Konzept-e für Bildung und Soziales GmbH derzeit 15 Kinderhäuser in Süddeutschland.⁹⁷ Vier davon sind reine „Betriebskitas“, sie stehen nur Betriebsangehörigen und ihren Kindern offen. Die übrigen elf sind öffentlich, werden aber von Unternehmen mitgetragen. Konzept-e tritt nicht selbst als Träger auf, sondern führt die Geschäfte von zwei Trägervereinen („Kind e.V.“ und „Kind und Beruf e.V.“) sowie des „Kind e.V.“-Dachverbandes.

Im Technologiepark Karlsruhe betreibt „Kind und Beruf e.V.“ gleich zwei Einrichtungen:⁹⁸ das Kinderhaus Technido und, daran angeschlossen, eine freie Grundschule mit dem Namen Lernwerkstatt Technido. Konzipiert ist das Ganze als gemeinsame Bildungseinrichtung für Drei- bis Zehnjährige. Georg Wacker, Staatssekretär im baden-württembergischen Kultusministerium, zeigte sich bei einem Besuch beeindruckt. „So vermeiden wir Brüche in der Bildungsbiografie“, lobte Wacker. Kinderhaus und Grundschule sind wochentags von 7.30 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet.

Waltraud Weegmann, Jahrgang 1956, leitet die Konzept-e für Bildung und Soziales GmbH. Auch sie begrüßt, dass die Bundesregierung künftig gewerbliche Anbieter den frei-gemeinnützigen gleichstellen will.⁹⁹ Bislang, so die Geschäftsführerin, seien viele freie und private Träger gezwungen, höhere Beiträge als kommunale Einrichtungen zu verlangen. Nicht deshalb, so Weegmann, weil sie „Luxusangebote“ machten, sondern weil sie weniger staatliche Zuschüsse erhielten. „Wenn wir die privaten Einrichtungen für alle Kinder zugänglich machen möchten“, so Weegmann, „geht das nur, wenn alle Träger gleich hohe Fördermittel erhalten.“ Man strebe schließlich angelsächsische Verhältnisse nicht an, betont Waltraud Weegmann. Dort gebe es für die Oberschicht elitäre private Kitas. Konzept-e hingegen wolle „eine gute soziale Durchmischung – auch aus pädagogischen Gründen.“

6.3 pme Familienservice GmbH, Berlin

pme bedeutet „Partner für Mitarbeitereffizienz.“ Man biete „umfassenden Service zu Work-Life-Balance, Diversity & Inclusion“. Übersetzt heißt das: Die pme Familienservice GmbH unterstützt die Beschäftigten von Firmen darin, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.¹⁰⁰ Dazu betreibt die Familienservice GmbH derzeit 30 eigene Einrichtungen – Horte, Krippen, Familienkrippen und so genannte

Back-Up-Einrichtungen.¹⁰¹ Letztere dienen der Kinderbetreuung, wenn Vater oder Mutter etwa kurzfristig zur Dienstreise aufbrechen oder zur Fortbildung müssen. In Familienkrippen kümmert sich eine Tagesmutter um bis zu fünf Kinder ganztägig – „besonders für kleinere Unternehmen geeignet“. Außerdem berät der Familienservice Firmen, die eigene Betreuungseinrichtungen aufbauen möchten.¹⁰² So konzipierte das Unternehmen die Notfall-Krippe „Fluggi-Land“ für Fraport, die Betreiberfirma des Frankfurter Flughafens. Die Berliner GmbH organisiert zudem Vorträge und stellt „hochwertige Ferienbetreuung für Kinder und Jugendliche“ auf die Beine.

Per Pressemitteilung vom 20. Februar 2008, also mitten im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes, wirbt die Familienservice GmbH für eine Dienstleistung der besonderen Art:¹⁰³ „Kita-Warnstreiks? Wir bieten Notfallbetreuung“. Der private Kita-Betreiber als Streikbrecher.

Das Unternehmen ist an 30 Standorten in Deutschland, Österreich und der Schweiz präsent.¹⁰⁴ Über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind beschäftigt. Jahresumsatz laut Wirtschaftspresse: 12 Millionen Euro.¹⁰⁵ Der Kopf hinter der pme Familienservice GmbH war lange Gisela Erler.¹⁰⁶ Sie arbeitete von 1974 bis 1991 am Deutschen Jugendinstitut in München. 1991 gründete sie den Familienservice. 2008 gab Gisela Erler, mittlerweile 62 Jahre alt, die Geschäftsführung ab.

Auch Gisela Erler freut sich über die Liberalisierungsabsichten der Bundesregierung.¹⁰⁷ „Ein wichtiger und richtiger Schritt“, beteuert Gisela Erler zusammen mit der amtierenden Geschäftsführerin Alexa Ahmad. „Im hoch regulierten und gemeinnützig dominierten Feld der Kinderbetreuung“, heißt es in der gemeinsamen Pressemitteilung, „sind private Anbieter ein Garant für mehr Wahlfreiheit und Formenvielfalt.“

Erler und Ahmad plädieren dafür, öffentliche und private Kitas nach gleichen Standards zu finanzieren, etwa über Gutscheine.

6.4 Kinderzentren Kunterbunt – Gemeinnütziger Kinderkrippen- und Kindertagesstätten e.V., Nürnberg

Er gilt als Überflieger unter Deutschlands Kita-Unternehmern: Björn Czinczoll, 36 Jahre alt.¹⁰⁸ Er fährt einen silbernen Jaguar und trägt gern schwarzen Anzug mit weißem Hemd, schreibt die Financial Times Deutschland. 1998 gründete Czinczoll mit einer Eltern-Initiative den Verein Kinderzentren Kunterbunt e.V. in Nürnberg. Ziel: „Eine als Dienstleistung ausgerichtete und renditeorientierte Kindertagesstätte“.¹⁰⁹ 2006 wurde Björn Czinczoll von der Schwab-Stiftung, der Zeitschrift Capital (Gruener+Jahr) und der Unternehmensberatung Boston Consulting zum „Social Entrepreneur“ des Jahres gewählt.¹¹⁰ Was sich mit „Sozial-Unternehmer“ übersetzen lässt. Derart gekürt, durfte er am Weltwirtschaftsforum in Davos teilnehmen.

Björn Czinczolls Kinderbetreuungseinrichtungen bieten Öffnungszeiten von 7 bis 20 Uhr. Manche arbeiteten rund um die Uhr, nehmen auch samstags Kinder auf. Und das ganzjährig, inklusive Ferienzeit. Der laut Presseberichten kinderlose Jurist entwickelt seine Einrichtungen zusammen mit Unternehmen, Kliniken oder Gewerbestädten. Die Kitas liegen also dort, wo Mama oder Papa arbeitet. Was den Eltern Fahrzeiten ersparen soll.

Czinczoll genießt mächtig Rückenwind. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte beschloss 2007, seinen Verein zu unterstützen – mit kostenloser Beratung, etwa bei betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Fragen, und das drei Jahre lang.¹¹¹ Auch Lex Mundi, eine internationale Vereinigung von Rechtsanwälten, fördert die Kunterbunt-Kinderzentren.¹¹² Kita-Unternehmer Czinczoll versprach denn

auch, ordentlich Gas zu geben: In den nächsten drei Jahren sollen bundesweit über Hundert neue Kinderzentren eröffnet werden.¹¹³

6.5 Klax gGmbH, Berlin

„In der DDR arbeitete sie als Erzieherin in Kinderkrippen. Inzwischen ist sie Chefin eines privaten Kindergartenkonzerns.“¹¹⁴ Die Rede ist von Antje Bostelmann, Jahrgang 1960 und Mutter von drei Kindern. Ihr Kita-Unternehmen heißt Klax. 1990 gegründet, betreibt die gemeinnützige GmbH heute 16 Kindergärten und vier Kinderkrippen im Raum Berlin-Brandenburg.¹¹⁵ Eine weitere Kita wurde im Januar 2008 in Stockholm eröffnet.¹¹⁶ Zur Klax-Gruppe, die Antje Bostelmann gemeinsam mit Thomas Metzke leitet, gehören ferner eine Vorschule, eine Grundschule und eine bilinguale Schule mit gymnasialer Oberstufe. Das Unternehmen betreibt weitere Einrichtungen – von der Bio-Cateringfirma mit Familiencafé („Löwenzahn GmbH“) bis hin zum Weiterbildungsinstitut („Institut für Klax-Pädagogik“).¹¹⁷ Der Kita- und Schul-Konzern beschäftigt laut DIE ZEIT 280 Pädagogen und erwirtschaftete 2006 einen Umsatz von 10 Millionen Euro.¹¹⁸

Quellen

- 87 Zum Folgenden: Kristina Kronlob, Der Kunde Familie. GfK ist mit privaten Kindergärten in ganz Deutschland auf Wachstumskurs, in: Wirtschaft Nordhessen, Nr. 6/2007, Seite 13
- 88 Mehr Wettbewerb bedeutet bessere Qualität, Pressemitteilung der Impuls Soziales Management, Kassel, 20.3.2008
- 89 Faltblatt von GfKS und GfK
- 90 Faltblatt von GfKS und GfK
- 91 Konzeption des Kinderhorts Flic-Flac der GfK, Seite 3, zum Download unter: <http://www.gfk-kassel.de>, dann „Kinderbetreuung – Öffentliche Einrichtungen“ anklicken

-
- 92 Zum Folgenden: Kristina Kronlob, Der Kunde Familie
- 93 Jahresarbeitszeit – Nie mehr Überstunden, veröffentlicht in „Kindergarten & Hort erfolgreich leiten“, Ausgabe 1/2007, Seite 27
- 94 Kristina Kronlob, Der Kunde Familie. GfK ist mit privaten Kindergärten in ganz Deutschland auf Wachstumskurs, in: Wirtschaft Nordhessen, Nr. 6/2007, Seite 13
- 95 Zum Folgenden: „Firmen-Kitas rechnen sich“, Pressemitteilung der Impuls Soziales Management vom 7.5.2007
- 96 Zum Folgenden: Mehr Wettbewerb bedeutet bessere Qualität, Pressemitteilung der Impuls Soziales Management, Kassel, 20.3.2008
- 97 Nicole Hoffmann vom Konzept-e Bildung und Soziales GmbH, Telefonische Auskunft am 29.4.2008
- 98 <http://kind-dachverband.de/de/baustein/kapitel397.html>
- 99 Zum Folgenden: <http://kind-dachverband.de/de/baustein/kapitel730.html>
- 100 <http://www.familienservice.de/xi-490-0-1000-135-3-de.html>
- 101 <http://www.familienservice.de/xi-490-0-1000-135-3-de.html>
- 102 Zum Folgenden: <http://www.familienservice.de/xi-490-0-1000-80-0-de.html>
- 103 <http://www.familienservice.de/xi-490-0-0-5780-2-de.html>
- 104 <http://www.familienservice.de/xi-490-0-1000-135-3-de.html>
- 105 Annika Behrmann, Unternehmen Nachwuchs, Financial Times Deutschland, 12.10.2007
- 106 <http://www.gisela-erler.de/lebenslauf.htm>
- 107 Gisela Erler und Alexa Ahmad, Öffentliche Förderung privater Anbieter?, Pressemitteilung des Familienservice vom 1.4.2008
- 108 Zum Folgenden: Marion Schmidt, Kita & Co. KG, in: Financial Times Deutschland, 2.5.2007
- 109 Kurzbeschreibung Kinderzentren Kunterbunt e.V., zum Herunterladen unter: www.schwabfound.org/docs/web/Germany_Winner_german.pdf
- 110 Imagebroschüre der Kinderzentren Kunterbunt, Seite 7, zum Herunterladen unter: <http://www.kinderzentren.de/upload/downloads/Imagebroschuere.pdf>
- 111 Imagebroschüre, Seite 7
- 112 Imagebroschüre, Seite 7

-
- 113 Marion Schmidt, Kita & Co. KG, in: Financial Times Deutschland, 2.5.2007
- 114 Stefanie Bilen, Operation Dreikäsehoch. Was bewegt Antje Bostelmann?, in: DIE ZEIT, 15.11.2007
- 115 http://www.klax-gruppe.de/klax/index.php?option=com_content&task=view&id=183&Itemid=223
- 116 http://www.klax-gruppe.de/klax/index.php?option=com_content&task=view&id=209&Itemid=253
- 117 http://www.klax-gruppe.de/klax/index.php?option=com_content&task=view&id=243&Itemid=427
- 118 Stefanie Bilen, Operation Dreikäsehoch. Was bewegt Antje Bostelmann?, in: DIE ZEIT, 15.11.2007

7. Angloamerikanische private Anbieter

7.1 Bright Horizons Family Solutions, Inc., USA

Bright Horizons Family Solutions¹¹⁹, mit Sitz in Watertown im US-Bundesstaat Massachusetts, betreibt weltweit mehr als 600 Kinderbetreuungsstätten.¹²⁰ Die meisten dieser „family centres“ liegen in den USA. Doch auch in Kanada, Puerto Rico, Irland und Großbritannien finden sich Niederlassungen. Täglich betreut das börsennotierte Unternehmen nach eigenen Angaben mehr als 69.000 Kinder. Auftraggeber ist zumeist ein großes Unternehmen.¹²¹ Für IBM betreibt der Kita-Konzern laut Presseangaben 17 Betreuungseinrichtungen. Auch Boeing, Procter & Gamble, Mattel und Toyota gehören zu den Kunden.¹²² Die betriebsnahen Kitas helfen, qualifizierte Mitarbeiter an die Firma zu binden. „Ich weiß von Unternehmen, die ihre Kündigungsrate mit dem Einrichten von Krippen gesenkt haben“, sagt David Lissy, Vorstandschef von Bright Horizons.¹²³

Das Geschäft lohnt. 2006 erwirtschaftete Bright Horizons einen Umsatz von 697 Millionen US-Dollar.¹²⁴ Der Gewinn nach Steuern lag bei 41 Millionen US-Dollar.¹²⁵ Im Januar 2008 wurde der Dienstleister vom Finanzinvestor Bain Capital gekauft – für 1,3 Milliarden US-Dollar.¹²⁶

7.2 ABC Learning Centres Limited, Australien

“Das weltgrößte Kita-Unternehmen” – so nennen Fachleute¹²⁷ die Firma ABC Learning mit Sitz in Murarie, im australischen Bundesstaat Queensland.¹²⁸ Das ebenfalls börsennotierte Unternehmen betreibt 2.238 private Tageseinrichtungen (Stand 2007).¹²⁹ 1.084 davon liegen in Australien, 1.015 in den USA, 104 in Neuseeland und 35 in Großbritannien.¹³⁰ Im Dezember 2006 übernahm ABC den britischen Kita-Betreiber Busy Bees Group Limited.¹³¹ Das Unternehmen „expandiert aggressiv“, schreibt die Financial Times Deutschland (FTD).¹³²

Das Rezept der Firma?¹³³ ABC-Gründer Edmund S. Groves eröffnet seine Kitas dort, „wo junge, gut ausgebildete Paare wohnen.“ Groves biete längere Öffnungszeiten als kommunale Einrichtungen. „Für den Erfolg sorgte aber vor allem die 1991 getroffene Entscheidung der australischen Regierung, auch privaten Kitas staatliche Zuwendungen zukommen zu lassen“. Heute bestimmen gewinnorientierte Unternehmen 70 Prozent des Kita-Marktes in Australien. Derweil kämpfen kommunale Kitas oft um ihre Existenz – „zumal die Regierung seit 1997 keine Gelder mehr in den Neubau oder die Renovierung von Kitas steckt.“

Das freut die Investoren von ABC Learning:¹³⁴ Von 2006 auf 2007 verdoppelte sich der Umsatz des Unternehmens – von 790 Millionen australische Dollar (492 Millionen Euro) auf 1.696 Millionen australische Dollar (1.056 Millionen Euro). Der Gewinn nach Steuern stieg im selben Zeitraum um 76 Prozent – von 81 Millionen australischen Dollar (ca. 50 Millionen Euro) auf 143 Millionen australische Dollar (ca. 89 Millionen Euro).

Quellen

- 119 <http://www.brighthorizons.com/Site/Pages/index.aspx>
- 120 Zum Folgenden: Bright Horizons Family Solutions, Annual Report 2006, Seite 6. Zum Herunterladen unter: <http://www.brighthorizons.com/Site/pages/annual.aspx>
- 121 Zum Folgenden: Roland Lindner, In Amerika ist die Kinderbetreuung ein gutes Geschäft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.3.2007
- 122 Bright Horizons Family Solutions, Annual Report 2006, Seite 75
- 123 zitiert nach: Roland Lindner, In Amerika ist die Kinderbetreuung ein gutes Geschäft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.3.2007
- 124 Bright Horizons Family Solutions, Annual Report 2006, Seite 2
- 125 Bright Horizons Family Solutions, Annual Report 2006, Seite 2

-
- 126 http://www.finanzen.net/nachricht/Bright_Horizons_wird_fuer_1_3_Mrd_Dollar_von_Bain_Capital_uebernommen_659027
- 127 vgl. Jens Meyer, McKita aus Australien, in: Financial Times Deutschland, 10.8.2007, sowie Peter Moss, University of London, Markets und Democratic experimentalism. Two models for early childhood education and care, S.7, Bertelsmann Stiftung, zum Download unter: www.kinder-frueher-foerdern.de
- 128 <http://www.childcare.com.au/>
- 129 ABC Learning Centres Limited, Annual Report 2007, Seite 7
- 130 ABC Learning Centres Limited, Annual Report 2007, Seite 7
- 131 ABC Learning Centres Limited, Annual Report 2007, Seite 1
- 132 Jens Meyer, McKita aus Australien, in: Financial Times Deutschland, 10.8.2007
- 133 Zum Folgenden: Jens Meyer, McKita aus Australien, in: Financial Times Deutschland, 10.8.2007
- 134 ABC Learning Centres Limited, Annual Report 2007, S.44



8. Wie gut sind gewerbliche Kita-Betreiber?

Erfahrungen aus dem Ausland

ABC Learning habe den Ruf, „Gewinn vor Fürsorge zu stellen“, weiß die Financial Times Deutschland zu berichten.¹³⁵ Billiges Essen, unterqualifizierte Betreuer, lauten die Vorwürfe gegen die „McKita aus Australien“. Da sei nichts dran, erwidert Firmenchef Edmund S. Groves. Das Unternehmen investiere mehr als es Gewinn mache.

Auch die Bertelsmann Stiftung, sonst privaten Anbietern eher zugeeignet, äußert sich kritisch: Eine Untersuchung in Australien habe gezeigt, dass die Arbeitsbedingungen in den großen, börsennotierten Ketten „deutlich schlechter sind als in anderen Einrichtungen.“¹³⁶ Zudem, so die Gütersloher Stiftung, wurde in Australien beobachtet, „dass private Anbieter über eine große Lobby verfügen und ihren Einfluss nutzen, um höhere Qualitätsstandards zu verhindern bzw. Standardabsenkungen durchzusetzen.“¹³⁷

Peter Moss, Professor am Institut für Bildung der Universität von London, hat sich ebenfalls mit Fragen der Qualität beschäftigt.¹³⁸ Dazu wertete er Studien aus, die Kinderbetreuung in Australien, England, Kanada und den Niederlanden unter die Lupe genommen haben. Das Ergebnis ist eindeutig: Forscher, schreibt Professor Moss, „urteilen allgemein, dass nicht-kommerzielle Anbieter Leistungen von höherer Qualität bieten.“¹³⁹ Wie gut Kinder versorgt werden, so Moss, das stehe in engem Zusammenhang mit der Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern – und mit deren Bezahlung. Professor Moss fährt fort: Wo Kitas unter Marktbedingungen funktionieren müssen, bekämen die Beschäftigten niedrige Löhne („low pay“) und seien schlecht ausgebildet („poorly qualified“).

Dies gelte zum Beispiel in England. Dort verdient eine Kita-Mitarbeiterin durchschnittlich lediglich 5,95 britische Pfund brutto die Stunde,

umgerechnet 8,03 Euro.¹⁴⁰ Zum Vergleich: Grundschul-Lehrer bekommen 14,41 britische Pfund (19,45 Euro), der Durchschnittslohn aller weiblichen Beschäftigten liegt bei 8,53 britische Pfund (11,51 Euro). Was ebenfalls die Qualität von privaten Kitas drückt: Die personelle Fluktuation ist sehr hoch. Das berichtet Helen Penn, Professorin für Früherziehung an der Universität London.¹⁴¹ Jährlich würden 30 bis 50 Prozent der Belegschaft ausgetauscht.

Professor Moss entdeckte ein weiteres Merkmal von marktwirtschaftlich organisierten Systemen: Unsicherheit.¹⁴² Gewerbliche Kita-Träger sorgen zwar rasch für zahlreiche neue Plätze. Doch wenn die neuen Einrichtungen nicht ausgelastet sind, verschwinden sie wieder. Er verweist dazu erneut auf England. Zwischen 1999 und 2003 wurden dort 626.000 neue Kita-Plätze geschaffen. 301.000 Plätze fielen im selben Zeitraum wieder fort. „Der private Sektor in England bleibt verwundbar“, urteilt Professor Moss.

Quellen

- 135 Zum Folgenden: Jens Meyer, McKita aus Australien, in: Financial Times Deutschland, 10.8.2007
- 136 Bertelsmann Stiftung, Kommentar zum geplanten Kinderförderungsgesetz (Kifög) der Bundesregierung; die Stiftung verweist auf eine Studie von Rush aus dem Jahr 2006.
- 137 Bertelsmann Stiftung, Kommentar zum geplanten Kinderförderungsgesetz (Kifög) der Bundesregierung; Verweis auf eine Studie von Brennan aus 2007 und von Wannan aus 2005.
- 138 Peter Moss, University of London, Markets und Democratic experimentalism. Two Models for Early Childhood Education and Care, Bertelsmann Stiftung, zum Herunterladen unter: www.kinder-frueher-foerdern.de.
- 139 Peter Moss, Markets und Democratic experimentalism. S.11. vgl. Cleveland/Forer/Hyatt/Japel/Krashinsky, An Economic Perspective on the Current and Future Role of Nonprofit Provision of Early Learning and Child Care Services in Canada, März 2007, Seite 13

-
- 140 Alle Löhne beziehen sich auf den Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005
- 141 Gesine Kulcke, Unter Drei in England, Erziehung und Wissenschaft, 1/2007, S.28
- 142 Peter Moss, University of London, Markets und Democratic experimentalism.
Two Models for Early Childhood Education and Care, S.19, Bertelsmann
Stiftung, zum Herunterladen unter: www.kinder-frueher-foerdern.de



9. Sponsoring und Marketing

– eine Auswahl

„Es gibt kaum einen Ort, an dem Sie die Kinder und junge Familien konzentrierter ansprechen können.“⁴⁴³ Auch die Bottroper Firma spread blue educationmarketing verhehlt nicht, dass sie Kitas und Horte für tolle Werbeflächen hält. Dort will sie „in dosierter Form“ Reklame machen. Kinder seien schließlich die „heimlichen Entscheider der Familie“ und entwickelten „ein frühzeitiges eigenes Markenbewusstsein.“ Laut spread blue besuchen rund drei Millionen Mädchen und Jungen etwa 55.000 Kindergärten, Horte und Kitas in Deutschland. Wie Unternehmen und unternehmensnahe Verbände Sponsoring und Marketing in diesen Einrichtungen betreiben, zeigt folgende Auswahl.

9.1 IBM Deutschland: Lernstation KidSmart

Im Februar 2006 bedankte sich der damalige Berliner Bildungssenator Klaus Böger (SPD) beim Computerhersteller IBM Deutschland. „Eine sehr innovative Unterstützung“⁴⁴⁴ habe das Unternehmen geleistet. IBM hatte zuvor 180 Berliner Kitas mit Multimedia-Lernstationen ausgerüstet, inklusive Farbdrucker und Digitalkameras. Und zwar kostenlos. Eine Aktion im Rahmen des Programms KidSmart.

IBM will weltweit Vorschulkindern den Gebrauch von Computern schmackhaft machen. „Wenn Schüler lernen sollen, sich in der globalen Wirtschaft zurechtzufinden, müssen sie sich mit modernen Technologien auseinandersetzen und vertraut machen“⁴⁴⁵, fordert IBM. Da gelte es, bei den Unter-Sechsjährigen zu beginnen.

Gemeinsam mit Partnern gelang es dem Computerriesen, in mehr als 1.000 Orten in den USA und im Ausland Kindertagesstätten und Vorschulen mit KidSmart-Computern und -Lernprogrammen auszurüsten.¹⁴⁶ Inzwischen, meldet IBM, wurde das Programm auf Länder wie Peru, Thailand und Südafrika ausgeweitet.

Berlins Bildungsverantwortliche sind dem Computerkonzern zu weiterem Dank verpflichtet. Denn die finanziell klamme Senatsverwaltung benötigt offenbar auch dann einen Sponsor, wenn sie Berlins Eltern informieren möchte. „Die Veröffentlichungen zum Berliner Bildungsprogramm“, erklärt der Nachfolger Klaus Bögers, Bildungsminister E. Jürgen Zöllner (SPD), „sind mit Unterstützung von IBM Deutschland möglich geworden“.¹⁴⁷ So steht es in der 20-seitigen Broschüre, die die Erziehungsziele der Kitas vorstellt. Fehlt nur noch das IBM-Logo auf dem Titel der Senatsbroschüre.

9.2 Unilever Deutschland: Rama-Margarine

„Verrückt nach Familie!“ Richtig sympathisch klingt der Titel des gelben Heftes.¹⁴⁸ Die Unilever Deutschland GmbH, die Rama-Margarine und anderen Lebensmittel produziert, stellte darin im Jahr 2006 ihre Aktion zugunsten flexibler Kinderbetreuung vor. „Mehr Kinder besser betreut!“ lautete der Slogan des Wettbewerbs. „Rama sucht Projekte, die in Ihrer Umgebung Familien voranbringen“, lasen interessierte Mütter und Väter. 100 Projekte wurden mit jeweils 5.000 Euro gefördert.

„Verrückt nach kleinen Kuchen!“ Rezepte stehen auch im gelben Heft. Für Apfelmuffins, mit Putenbrust gefüllte Fladen oder Gemüsenudeln. Was Kinder halt so mögen. Garniert sind die Rezepte mit Produktwerbung – für Rama-Margarine, Rama-Halbfettmargarine, Rama-Pflanzencreme („der Alleskönner in der Küche“).

Im Jahr 2007 wiederholte Unilever ihren Wettbewerb, kürzte aber das Preisgeld.¹⁴⁹ Diesmal vergab das Unternehmen 100 mal 3.000 Euro für Projekte, die gesunde Ernährung in Kitas fördern. Über 4.500 Bewerbungen seien eingegangen, meldet der Margarine-Hersteller.

Unilever Deutschland darf für ihr gelbes Rama-Heft das Logo der „Lokalen Bündnisse für Familie“¹⁵⁰ nutzen. Die Lokalen Bündnisse sind eine Aktion von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Rama unterstützt die Aktion. „Alle – auch Kommunen und lokale Unternehmen – ziehen an einem Strang“, ist im Heft über die Lokalen Bündnisse für Familie zu lesen.¹⁵¹ „Und alle profitieren. Klasse!“

9.3 Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA): Arbeitgeberpreis für Bildung 2007

„Moment mal“, überlegt Sören.¹⁵² Drei Kekse kosten 30 Cent. Doch Mira hat zwei Zwanzig-Cent-Stücke in der Hand. Da fragt Sören doch lieber bei der Erzieherin nach, wie viel Münzen er seiner Kundin abknöpfen darf. Die Financial Times Deutschland (FTD) schildert unter der Überschrift „Kleine Kapitalisten“, wie Vorschulkinder im evangelischen Kindertagesheim St.Johannes in Bremen Marktwirtschaft für Anfänger lernen. Die einen verkaufen selbstgezogene Pflanzen, die anderen Kekse aus eigener Produktion, die dritte Gruppe bietet selbstgebastelte Skulpturen. Alles gegen echtes Geld, versteht sich. „Die Kinder bekamen ein Budget für Produktionsmittel, entwarfen Speisekarten, dekorierten Stände und setzten Preise fest“, berichtet die FTD.

Ein Projekt, das die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) begeistert hat. Sie zeichnete deshalb, mit Unterstützung der Deutschen Bahn AG, die Bremer Kita mit dem „Arbeitgeberpreis für Bildung 2007“ aus. Das Preisgeld: 10.000 Euro.¹⁵³ „Die Kinder lernten in altersgemäßer Form, wie Produktion, Organisation, Kalkulation, Marketing, Buchführung und Vertrieb funktionieren“¹⁵⁴, lobten die Preisrichter vom BDA. „Einen besseren Einstieg in die Welt der Wirtschaft kann ich mir kaum vorstellen“, zitiert die FTD den BDA-Präsidenten Dieter Hundt.¹⁵⁵

Quellen

- 143 Zitat und Folgendes: <http://www.kindergartenwerbung.de/index.html>
- 144 „Jede zehnte Berliner Kita im IBM-Förderprogramm KidSmart“, Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Bildung vom 3.2.2006
- 145 <http://www.kidsmartearlylearning.org/DE/home/about/index.htm>
- 146 <http://www.kidsmartearlylearning.org/DE/home/about/index.htm>
- 147 Nachzulesen im Vorwort der „Kurzinformation über das Berliner Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt“, veröffentlicht vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung.
- 148 Zum Folgenden: „Verrückt nach Familie! Rama – Mehr Kinder besser betreut“, Veröffentlichung der Unilever Deutschland GmbH, 2006
- 149 <http://www.rama.de/mehrkinderbesserbetreut/index.asp>
- 150 <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>
- 151 „Verrückt nach Familie! Rama – Mehr Kinder besser betreut“, Veröffentlichung der Unilever Deutschland GmbH, 2006, Seite 8
- 152 Zum Folgenden: Antonia Götsch, Kleine Kapitalisten, in: Financial Times Deutschland, 13.12.2007
- 153 <http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/F2E3E8502ADC0BA0C12574270037294C?Open&ccm=400085&L=DE&markedcolor=>
- 154 <http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/3347098E5096A057C12573AD004FD9F9?Open&ccm=200030005006&L=DE&markedcolor=>
- 155 Antonia Götsch, Kleine Kapitalisten, in: Financial Times Deutschland, 13.12.2007

10. Was die Strippenzieher wollen

10.1 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Nicht nur in den Bildungssektoren Schule und Hochschule¹⁵⁶ gehört die Stiftung des Medien- und Dienstleistungskonzerns Bertelsmann zu den einflussreichen Strippenziehern. Auch im Bereich Kindertagesstätten vergibt sie Preise, fördert Projekte, sorgt für Denkanstöße und bestimmt so die öffentliche Diskussion mit. Wer die Internetseiten der Stiftung besucht, findet über 100 Veröffentlichungen und Download-Angebote zum Thema.¹⁵⁷

So lobt die Gütersloher Stiftung den Kita-Preis „Dreikäsehoch“¹⁵⁸ aus und fördert Musikerziehung in Kindertagesstätten¹⁵⁹. Sie bietet eine kostenlose „Checkliste Kita-Platz“ für Eltern¹⁶⁰. Sie unterstützt die Städte Paderborn und Chemnitz darin, Lernchancen von unter Achtjährigen zu verbessern („Kind & Ko“).¹⁶¹ Sie will dazu beitragen, dass Länder, Kommunen und Trägervereine den weiteren Umbau der Kitas gemeinschaftlich planen („Kinder früher fördern“).¹⁶² Auch Lehrmaterialien haben die Gütersloher im Angebot: das Medienpaket „Wach, neugierig, klug – Kinder unter 3“. Zum Preis von 35 Euro.

„Es muß ein Markt für private haushaltsnahe, familienunterstützende Dienstleistungen (nicht nur Kinderbetreuung) entwickelt werden.“¹⁶⁵

Bertelsmann Stiftung (gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium),
im Jahr 2007

Die Stiftung des Medien- und Dienstleistungsriesen mischt zudem in der Allianz für Familie¹⁶³ mit. Diese Initiative des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) bündelt Aktivitäten mit dem Ziel, Familie und Arbeitswelt besser zu vereinbaren. Liz Mohn, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, engagiert sich ferner im

Kuratorium der Lokalen Bündnisse für Familie¹⁶⁴, die ebenfalls vom Bundesfamilienministerium aus der Taufe gehoben wurden.

Wiederholt erarbeitete die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium Untersuchungen zur Kinderbetreuung, etwa die 2007 veröffentlichte Studie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich“.¹⁶⁶ Darin fordern die Autoren Werner Eichhorst und Eric Thode unter anderem, den Kita-Bereich stärker für private Anbieter zu öffnen. „Es muß ein Markt für private haushaltsnahe, familienunterstützende Dienstleistungen (nicht nur Kinderbetreuung) entwickelt werden...“¹⁶⁷ heißt es in der Bertelsmann-BMFSFJ-Studie. Und: „Auch für lokale Allianzen für Familien bietet sich die Möglichkeit, beim Aufbau von Dienstleistungsagenturen mitzuwirken.“¹⁶⁸

Die Stiftung versucht zudem, Einfluss auf die Ländergesetzgebung zu nehmen. So ist die 17-seitige Stellungnahme zum Entwurf des nordrhein-westfälischen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) gespickt mit wertenden Aussagen. „Dem KiBiz fehlt eine entsprechende pädagogische Grundsatzbestimmung...“¹⁶⁹, heißt es dort. Oder: „KiBiz schwächt durch den Verzicht auf Standardsetzung (z. B. maximale Gruppengröße, Raumangebot, Umfang Fortbildung, verbindliche Umsetzung eines Curriculums)...die potenzielle Steuerkraft des Landes.“¹⁷⁰

Seit Jahren engagiert sich die Gütersloher Stiftung auch beim Umbau der öffentlichen Verwaltungen – und beeinflusst so ebenfalls die Lage der Kitas und ihrer Beschäftigten. In zahlreichen Reformprojekten forderte sie „Ausgliederungen und Public-Private-Partnerships (PPP)“.¹⁷¹ Sie verlangte: „Das kommunale Dienst- und Arbeitsrecht soll flexibler ausgestaltet werden.“¹⁷² Bereits 1998 riefen die Gütersloher, gemeinsam mit der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, das Netzwerk

„Kommunen der Zukunft“ ins Leben.¹⁷³ Gemeinden, Städte und Kreise erhielten hier bis zum Jahr 2002 Gelegenheit, Erfahrungen beim Verwaltungsumbau auszutauschen. Die Bertelsmann Stiftung begrüßte dabei, so ist der Projektbeschreibung zu entnehmen, „den Wandel von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen“.¹⁷⁴

In ihrer Stellungnahme zur geplanten Förderung kommerzieller Kita-Träger zeigte sich die Stiftung jedoch überraschend kritisch.¹⁷⁵ Es gebe Gründe, warum frühkindliche Bildung und Betreuung „nicht marktwirtschaftlich organisiert ist“, heißt es dort. Eltern könnten weder die tägliche Arbeit in den Kitas beobachten noch deren Qualität hinreichend beurteilen. Dies sei durch zahlreiche Studien belegt. Deshalb hätten die Eltern als Nachfrager auf diesem Markt weniger Informationen als die Anbieter. Anbieter könnten dies ausnutzen: Sie senken die Qualität, „um Kosten zu sparen und dadurch höhere Gewinne zu machen“, schreibt die Gütersloher Stiftung. Bei gemeinnützigen Einrichtungen bestehe diese Gefahr der Übervorteilung nicht, „da sie nicht unter dem Ziel der Gewinnerzielung wirtschaften.“

10.2. McKinsey & Company Deutschland, Düsseldorf

Auch der deutsche Ableger der amerikanischen Unternehmensberatung McKinsey legt Förderprogramme auf, um Kindertagesstätten zu unterstützen. Etwa das Projekt „Kita-Frühling“ in Halle/Sachsen-Anhalt.¹⁷⁶ Das sei „unentgeltlich“, betont das Unternehmen. Dabei definieren McKinsey-Berater unter anderem „gemeinsam mit dem städtischen Eigenbetrieb Kindertagesstätten“ sowie den Erzieherinnen und Erziehern „Leitbilder, Ziele und Bildungsinhalte“. Ferner geht es darum, Kinder besser auf die Einschulung vorzubereiten. Das Projekt habe „bereits in der Anlaufphase einen Motivationsschub“ in den städtischen Kitas ausgelöst, jubelt McKinsey.

Das Unternehmen verfolgt zudem das Ziel, die naturwissenschaftlichen Bildungsangebote im Vorschulalter zu verbessern. Und zwar mit dem Projekt „Haus der kleinen Forscher“.¹⁷⁷ Zu dessen Unterstützern zählen die Forschungsorganisation Helmholtz-Gemeinschaft, die Siemens AG und die Stiftung des SAP-Mitbegründers Dietmar Hopp. Schirmherrin ist Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU).

Das „Haus der kleinen Forscher“ will zunächst Erzieherinnen und Erzieher weiterbilden. Damit sie imstande sind, Physik, Biologie oder Technik kindgerecht aufzubereiten. Zudem wollen die Projekt-Partner dafür sorgen, dass Naturwissenschaftler die Kitas besuchen und mit den Kindern einfache Versuche durchführen. Auch eine Hotline für naturwissenschaftliche und didaktische Fragen steht auf dem Programm.

„Wir brauchen (für den Ausbau der Kitas, Anmerkung des Autors) private Anbieter, die kommunalen und kirchlichen Trägern gleichgestellt sind. Das Kriterium der Gemeinnützigkeit...muß fallen.“¹⁷⁸

Jürgen Kluge, Chef von McKinsey Deutschland (1999 bis 2006),
im Jahr 2003

Jürgen Kluge, bis 2006 Chef von McKinsey Deutschland, kümmert sich höchstpersönlich um Fragen der Vorschulbildung.¹⁷⁹ In seinem Buch „Schluss mit der Bildungsmisere“, veröffentlicht 2003, forderte Kluge unter anderem ein Gutschein-System für Kitas.¹⁸⁰ „Das würde die vorschulischen Einrichtungen zu mehr Kundenfreundlichkeit ermuntern“, so der McKinsey-Mann. Denn bisher, behauptete Kluge, „müssen sie sich nicht sonderlich darum bemühen, ihr Dienstleistungs- und Qualitätsangebot zu optimieren.“

Kluge machte sich schon 2003 dafür stark, privat-gewerblichen Kita-Betreibern mehr Spielraum einzuräumen.¹⁸¹ Sie sollten kommunalen und kirchlichen Trägern gleichgestellt werden. „Bisher konnten sie nicht konkurrieren, bedauerte Kluge, „weil sie die Voraussetzung der Gemeinnützigkeit nicht erfüllten.“ Genau diese Voraussetzung will die Bundesregierung jetzt kippen. Ganz im Sinne des langjährigen McKinsey-Chefs, der für den „Wettbewerb verschiedener Anbieter“ plädierte. Kluge will jedoch, dass privatgewerbliche Träger „Startsubventionen“ erhalten.¹⁸² Vom Staat natürlich. „Zum Beispiel für entstehende Baukosten oder für die Erstausrüstung.“

Jürgen Kluge zeigt sich auch als Freund des privaten US-Anbieters Bright Horizons.¹⁸³ „Dieses Modell“, schrieb Kluge 2003, „schafft Zufriedenheit auf allen Seiten.“ Bei den Eltern, weil sie ihre Kinder gut versorgt wüssten. Bei den Arbeitgebern, weil sie einen Standortvorteil gewännen. Er will den „Systembruch“¹⁸⁴ im Bildungswesen, auch in der vorschulischen Bildung. Doch nicht alle Kita-Betreiber zählen dann zu den Gewinnern. Bei der Umstellung, räumt Kluge ein, „wird es natürlich Gewinner und Verlierer geben“.¹⁸⁵

Kluge weiß allerdings, dass die Qualität in den Einrichtungen verbessert werden muß. Die Schlüsselstelle haben nach seiner Ansicht die Erzieherinnen. In einem Film der GEW unterstützte er die Forderung der Gewerkschaft nach einem Bachelor-Abschluss. „Damit würden wir den ganzen Beruf aufwerten. Wenn wir für die Erzieherinnen eine Bachelor-Qualifikation fordern, dann müssen wir auch bereit sein, marktgerechte Preise zu zahlen. Das heißt eine Höhergruppierung im öffentlichen Dienst.“¹⁸⁶

10.3. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Köln

Gegründet im Jahr 2000, zielt die Kölner PR-Organisation vor allem darauf, den angeblichen „Reformstau“ in Deutschland aufzulösen.¹⁸⁷ Ihr Jahresetat beträgt 8,32 Millionen Euro, finanziert von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Ein Aktionsfeld der INSM ist der Bildungssektor. So veröffentlichte die Initiative eine Studie, in der sie für kostenlose Kindergärten plädierte.¹⁸⁸ Sie untersuchte zudem, wie sich die Höhe der Kita-Gebühren von Stadt zu Stadt unterscheidet.¹⁸⁹ Medienpartner war jeweils die Zeitschrift Eltern (Gruner+Jahr, also Bertelsmann).

Im Jahr 2006 publizierte die Initiative den, wie sie schreibt, „ersten Ländervergleich zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Kindergarten.“¹⁹⁰ Bei diesem Ranking schnitt das Land Berlin gut ab. Unter anderem deshalb, weil Berlin „den Bildungswettbewerb unter den Tagesstätten“ unterstütze. So könnten Berliner Eltern dank des Gutschein-Modells entscheiden, „an welcher Einrichtung ihr Kind betreut werden soll und wo entsprechend die staatlichen Gelder hinfließen.“ „Berlins Kitas sind bundesweit Spitze“, meldete darauf die Berliner Zeitung unter Berufung auf das INSM-Ranking.¹⁹¹ Auch Hamburg und Bayern wurden gelobt, weil sie ein Gutschein-Modell oder ein ähnliches Finanzierungssystem eingeführt hatten.

Quellen

- 156 siehe Privatisierungsreport Nr. 2 (Stiftungen) und Privatisierungsreport Nr. 6 (Hochschulen)
- 157 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-423334C8/bst/hs.xml/16856_16870.htm?suchrubrik=, Stand vom 28.5.2008
- 158 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-F40E5FB8/bst/hs.xml/10315.htm>
- 159 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-F40E5FB8/bst/hs.xml/10332.htm>

-
- 160 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-423334C8/bst/hs.xml/prj_16856.htm
- 161 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-F40E5FB8/bst/hs.xml/16856_16895.htm
- 162 Projektbeschreibung „Kinder früher fördern“, Seite 3, zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-423334C8/bst/hs.xml/16856_16870.htm?suchrubrik=
- 163 www.bmfsfj.de/.../Pdf-Anlagen/Grundlagenpapier-Allianz-f_C3_BCr-die-Familie,property=pdf.pdf
- 164 <http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/index.php?link=kura.php&zitat=3>
- 165 Zusammenfassung der Studie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich, Seite 14, zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-B4FC8D0D/bst/hs.xml/nachrichten_52192.htm
- 166 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-B4FC8D0D/bst/hs.xml/nachrichten_52192.htm
- 167 Zusammenfassung der Studie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich, Seite 14, zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-B4FC8D0D/bst/hs.xml/nachrichten_52192.htm
- 168 Zusammenfassung der Studie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich, Seite 14
- 169 Landtagsanhörung zum KiBiz. Stellungnahme der Bertelsmann Stiftung vom 27.8.2007, S. 5, zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_22699_22700_2.pdf
- 170 Landtagsanhörung zum KiBiz, S. 4
- 171 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Kommunen schaffen Zukunft. Reformimpulse für Entscheider, Themenheft 2005, S. 90, zum Herunterladen unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-2B7AD02D/bst/hs.xml/37094.htm>, siehe auch: Reform-Knowhow für Kommunen. Kompakte Lösungen für kommunale Entscheider, Bertelsmann-Stiftung, 2003, S.38
- 172 Kommunen schaffen Zukunft, S.81
- 173 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/prj_33220.htm
- 174 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/prj_33220.htm

-
- 175 Zum Folgenden: Bertelsmann Stiftung, Kommentar zum geplanten Kinderförderungsgesetz (KiföG) der Bundesregierung
- 176 Zum Folgenden: http://www.mckinsey-bildet.de/html/09_kita-fruehling/kita-fruehling.php
- 177 Zum Folgenden: http://www.mckinsey-bildet.de/html/08_hdkf/hdkf.php
- 178 Jürgen Kluge, Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept, Frankfurt/Main 2003, Seite 140
- 179 siehe Privatisierungsreport Nr. 6 (Hochschulen)
- 180 Zum Folgenden: Jürgen Kluge, Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept, Frankfurt/Main 2003, S. 123f
- 181 Jürgen Kluge, S. 126f
- 182 Jürgen Kluge, S.128
- 183 Jürgen Kluge, S.128
- 184 Jürgen Kluge, S. 225
- 185 Jürgen Kluge, S.126
- 186 „Traumjob Erzieherin“, ein Film der GEW 2007 (15 Min. auf dvd mit Begleitheft)
- 187 http://www.insm.de/Die_INSM.html#p56505, siehe auch Privatisierungsreport Nr. 6 (Hochschulen)
- 188 Gemeinsame Aktion von Eltern und INSM. Kostenloser Kindergarten rechnet sich, Pressemitteilung von INSM und Gruner+Jahr vom 11.12.2006
- 189 Kindergärten in Deutschland – der Gebührenwahnsinn!, Pressemitteilung von INSM und Gruner+Jahr vom 17.3.2008
- 190 Zum Folgenden: Berlin bietet seinen Vorschulkindern sehr gute Rahmenbedingungen, Pressemitteilung der INSM vom 6.12.2006
- 191 Tobias Miller, Berlins Kitas sind Spitze, Berliner Zeitung, 7.12.2006

11. Was die GEW fordert

- Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen. Löhne um 2.100 Euro brutto im Monat sind zu wenig, um Bildungspläne umzusetzen und Sozialarbeit zu leisten.
- Zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher einstellen. Jede Fachkraft betreut maximal fünf Kinder. Für Vor- und Nachbereitung muß ausreichend Zeit vorhanden sein.
- Prekäre Arbeitsverhältnisse an Kitas (z. B. durch befristete Verträge) eindämmen. Tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse ausbauen. Grundlagen für personelle Kontinuität schaffen, weil Kinder feste Bezugspersonen brauchen.
- Die Gleichrangigkeit der Ziele beachten: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ebenso wichtig wie die Qualität der Kinderbetreuung und wie vernünftige Arbeitsbedingungen für Kita-Beschäftigte.
- Erzieherinnen und Erzieher an Hochschulen ausbilden, wie in vielen Ländern Europas üblich.
- Elternbeiträge für Kitas bundeseinheitlich streichen. Dies würde Familien um 2,4 Milliarden Euro im Jahr entlasten.
- Kein Gutscheinsystem und keine Pro-Kind-Regelung zur Finanzierung von Kitas. Finanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden neu regeln.
- Kein Streichen der Gemeinnützigkeits-Vorschrift durch das Kinderförderungsgesetz des Bundes (Kifög). Die Träger von Kitas müssen weiterhin gemeinnützig sein. Bildung und Erziehung von Kindern gehört nicht in die Hände von gewerblichen Unternehmen.

-
- Kein staatliches Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause versorgen („Herdprämie“).
 - Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz auch für Unter-Dreijährige bundeseinheitlich schaffen.

Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7,
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/2103045
E-Mail: info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64,
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
E-Mail: info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5,
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
E-Mail: info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a,
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
E-Mail: info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningsstraße 35,
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
E-Mail: info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
E-Mail: info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12,
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a,
19059 Schwerin
Telefon: 0385/485270
Telefax: 0385/4852724
E-Mail: landesverband@mvv.gew.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16,
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11,
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
E-Mail: info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8,
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84,
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58,
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
E-Mail: gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6,
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
E-Mail: info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24,
24103 Kiel
Telefon: 0431/554220
Telefax: 0431/554948
E-Mail: info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22,
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
E-Mail: info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand, Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin

Wallstraße 65,
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-11 bis -15
Telefax: 030/235014-10
E-Mail: info@buero-berlin.gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft (Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Persönliches

Frau/Herr

Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von/bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsbeginn

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe

seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle

Träger des Betriebs / der Dienststelle

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle

Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt

- bei Beamtinnen und Beamten 0,75 Prozent der 6. Stufe
- bei Angestellten 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich.

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Beschäftigungsverhältnis:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft | <input type="checkbox"/> in Elternzeit |
| <input type="checkbox"/> angestellt | <input type="checkbox"/> befristet bis _____ |
| <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std. / Woche |
| <input type="checkbox"/> beamtet | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent |
| <input type="checkbox"/> in Rente / pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat / Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> im Studium | <input type="checkbox"/> arbeitslos |
| <input type="checkbox"/> Altersteilzeit | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____ |

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tariffbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vielen Dank!
Ihre GEW

Fachgruppe

Nach § 11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderschulen
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Betrieb/Dienststelle

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds.

Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Berufsbezeichnung

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit oder Ruhestand.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach TVöD/TV-L oder BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.



